

Auszug Erläuterungen

Botschaft der Regierung zum Budget
2007 des Kantons Graubünden

II. Bericht der Regierung an den Grossen Rat zum Budget 2007

1 ÜBERSICHT UND BEURTEILUNG DER ERGEBNISSE

Das Budget 2007 weist - wie jenes für das laufende Jahr - ein erfreulich positives Ergebnis aus. Die Gesamterträge von gut 2,3 Milliarden Franken übertreffen die laufenden Aufwändungen um 35.6 Mio. Franken. In den Aufwändungen sind ausserordentliche Belastungen im Umfang von total 42.9 Mio. Franken enthalten. 27.5 Mio. Franken davon entfallen auf innovative Projekte und 15.4 Mio. Franken auf einmalige Umstellungen (periordengerechte Abgrenzungen) im Hinblick auf die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Jahr 2008. Ohne diese Sonderfaktoren würde der Ertragsüberschuss entsprechend höher ausfallen.

Das Investitionsniveau erreicht alte Höchstwerte. Geplant sind Bruttoinvestitionen von beinahe 410 Mio. Franken (Vorjahr 372.5 Mio. Franken). Davon entfallen 22 Mio. Franken auf das innovative Projekt „Erneuerung Rollmaterial RhB“. Die Finanzierungsrechnung zeigt einen Einnahmenüberschuss von 13 Mio. Franken (Vorjahr 18.4 Mio. Franken), was einem Eigenfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von 106.4% (Vorjahr 110.7%) entspricht. Das hohe Investitionsniveau ist somit gut tragbar.

Mit dem vorliegenden Budget können alle wesentlichen finanzpolitischen Vorgaben des Grossen Rates erreicht werden. Nach der Umsetzung des vom Grossen Rat vorgegebenen Stellenabbaus lässt sich der einmal beschlossene Personalstopp jedoch nicht mehr vollständig einhalten.

Nach den guten Abschlüssen der Staatsrechnungen 2004 und 2005 mit Ertragsüberschüssen von 20.3 Mio. Franken und 80.7 Mio. Franken durfte mit einem guten Budgetergebnis 2007 gerechnet werden. Gegenüber dem letztjährig aktualisierten Finanzplan verbessert sich das ausgewiesene Ergebnis nur geringfügig. Zu beachten gilt jedoch, dass die erwähnten Sonderbelastungen von total knapp 43 Mio. Franken aufgrund der innovativen Projekte und der NFA-Einführung im Finanzplan nicht berücksichtigt sind.

Die **Laufende Rechnung** des Budgets 2007 weist im Vergleich mit den Vorjahren folgende Ergebnisse aus:

Gesamtübersicht	Rechnung 2005 ¹⁾	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in Mio. Franken)				
LAUFENDE RECHNUNG				
Aufwand	2'246.9	2'174.3	2'286.9	112.6
Ertrag	2'327.6	2'219.9	2'322.5	102.6
Ertragsüberschuss	80.7	45.6	35.6	-10.0

¹⁾ Bereinigung im Zusammenhang mit der Verwendung des SNB-Golderlöses sowie ohne Ausfinanzierung der Kantonalen Pensionskasse (KPG), ohne zusätzliche Abschreibungen des KPG-Fehlbetrages und a.o. Erträge zur Deckung dieser Abschreibungen.

Der Ertragsüberschuss von 35.6 Mio. Franken im Budget 2007 entspricht 1,5% der Gesamterträge von 2'322.5 Mio. Franken. Das Ergebnis liegt um 10 Mio. Franken unter jenem des Vorjahresbudgets 2006 und um 45 Mio. Franken unter jenem der Rechnung 2005. Der Kantonshaushalt befindet sich damit auf Kurs. Das positive Ergebnis 2007 ist im Hinblick auf die anstehende Steuergesetzrevision mit Ertragsausfällen für den Kanton in der Gröszenordnung von 90 Mio. Franken ab dem Jahr 2009 von besonderer Bedeutung. Der nachhaltigen Sicherung eines ausgeglichenen Kantonshaushaltes unter Beachtung der geplanten Steuerentlastungen kommt nach wie vor hohe Bedeutung zu.

Zum guten Budgetergebnis 2007 beigetragen haben insbesondere die nachstehenden Faktoren:

- Die konsequente Umsetzung des umfassenden Massnahmenpaket zur Haushaltssanierung (SLSK) mit dem zusätzlichen Personalabbau im Auftrag des Grossen Rates. Sie verbessert die Laufende Rechnung um über 90 Mio. Franken und die Investitionsrechnung um gut 30 Mio. Franken.
- Die über Erwarten gute Wirtschaftsentwicklung, welche zu einer relativ starken Zunahme der Steuererträge führt.
- Die ausserordentlich tiefe Finanzkraft des Kantons für die Jahre 2006 und 2007. Graubünden wurde für diese beiden Jahre mit einer Finanzkraft von 58 Indexpunkten erstmals der Gruppe der finanz-

schwächsten Kantone zugeteilt. Gegenüber der Periode 2004/2005 wird der Kantonshaushalt um rund 35 Mio. Franken entlastet. Diese Entlastungswirkung ist wesentlich höher als vor einem Jahr angenommen und im Budget 2006 berücksichtigt. Gut 10 Mio. Franken dieser Entlastung entfallen auf die Strassenrechnung. Diese Veränderung ist auf die im interkantonalen Vergleich gestiegene Steuerbelastung zurückzuführen. Auf das Jahr 2008 hin soll die NFA umgesetzt werden. Damit fallen diese Mehrerträge auf diesen Zeitpunkt hin weg.

Der **Gesamtaufwand** nimmt gegenüber dem Budget 2006 um 112.6 Mio. Franken oder 5.2% zu. Der Personalaufwand steigt im Budgetvergleich um 11.4 Mio. Franken. 4.1 Mio. Franken davon sind für den Ausgleich der Teuerung von voraussichtlich 1.5% vorgesehen. Die Abschreibungen nehmen um rund 23 Mio. Franken zu und erreichen damit ein relativ hohes Volumen von 191.7 Mio. Franken. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf wesentlich höhere abschreibungspflichtige Investitionsbeiträge sowie auf die im Jahr 2005 vorgenommene Änderung des Abschreibungssatzes für Investitionsbeiträge von 50% auf 100% zurückzuführen. Eine markante Zunahme um 36.5 Mio. Franken auf 579.9 Mio. Franken verzeichnen erneut die Kantonsbeiträge an Dritte. Gut 19 Mio. Franken davon sind durch einmalige, periodengerechte Abgrenzungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf die NFA und den Wechsel zum neuen Berufsbildungsgesetz begründet. Bedeutend höhere Beitragssleistungen fallen für die Tourismusförderung (+ 4.5 Mio. Franken, wovon 3.5 Mio. Franken das innovative Projekt Förderung von wettbewerbsfähigen Tourismusstrukturen betreffen), für Sozialversicherungen und soziale Unterstützung (+ 5.4 Mio. Franken) sowie für die Bildung (+ 11.2 Mio. Franken) und den öffentlichen Verkehr (+ 2 Mio. Franken) an. Einen besonders starken Anstieg erfahren die Ansprüche der Gemeinden gegenüber dem interkommunalen Finanzausgleich (FAG). Die Zunahme des Zuschlagssteuerertrages bewirkt eine Zunahme der Steuertreffergebnisse der Gemeinden um voraussichtlich 26 Mio. Franken.

Der **Gesamtertrag** weist gegenüber dem Budget 2006 eine Zunahme von 102.6 Mio. Franken oder 4.6% auf. Rund 33 Mio. Franken davon entfallen auf die Kantonssteuern. Um 28 Mio. Franken werden voraussichtlich die Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen ansteigen. Weil sich der Ausgleich der kalten Progression auf den Ertrag der - im Jahr 2007 veranlagten und fälligen - Kantonssteuern 2006 auswirkt, werden sich die Einkommens- und Vermögenssteuern nur unwesentlich (+ 2 Mio. Franken) verändern. Einen erfreulichen Zuwachs erfahren erneut die Nettovermögenserträge (+ 13.2 Mio. Franken), was auf die verbesserte Liquidität, etwas höhere Zinssätze sowie erwartete Mehreinnahmen an Dividenden und Gewinnanteilen zurückzuführen ist. Die Anteile des Kantons an den Bundesinnahmen werden voraussichtlich ebenfalls um ca. 23 Mio. Franken ansteigen. Davon entfallen 17 Mio. Franken Mehreinnahmen auf den Anteil am Finanzausgleich an der direkten Bundessteuer sowie 3 Mio. Franken auf den Anteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer. Zur Hauptsache ist dies auf die verbesserte Wirtschaftslage sowie auf die gesunkene Finanzkraft des Kantons Graubünden zurückzuführen. Aufgrund der steigenden Ausgaben für die Ergänzungsleistungen und der höheren Leistungen an die SF-Strassen nehmen die Beiträge des Bundes um über 5 Mio. Franken zu.

Die **Investitionsrechnung** des Budgets 2007 weist im Vergleich mit den Vorjahren folgende Ergebnisse aus:

Gesamtübersicht	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in Mio. Franken)				
INVESTITIONSRECHNUNG				
Ausgaben	757.0	372.5	409.8	37.3
- Anteil am Deckungsfehlbetrag KPG	-381.3			
Vergleichbare Investitionsausgaben	375.7	372.5	409.8	37.3
Einnahmen	227.5	200.3	207.5	7.2
Nettoinvestitionen	148.2	172.2	202.3	30.1

Die **Investitionsausgaben** übersteigen mit 409.8 Mio. Franken die Ausgaben des Budgets 2006 um 37.3 Mio. Franken oder um 10%. Demgegenüber nehmen die **Investitionseinnahmen** lediglich um 7.2 Mio. Franken oder um 3.6% zu. Daraus ergeben sich **Nettoinvestitionen**, welche mit 202.3 Mio. Franken das Ergebnis des Budgets 2006 um 30.1 Mio. Franken und die massgebenden Nettoinvestitionen der Rechnung 2005 gar um 54 Mio. Franken übersteigen.

Rund 10 Mio. Franken mehr als im Vorjahr werden für die Sanierung der Kantonsschule Chur beansprucht. Aufgrund des vom Grossen Rat in der Junisession 2006 beschlossenen Verpflichtungskredites für das innovative Projekt „Erneuerung Rollmaterial RhB“ werden im Jahr 2007 22 Mio. Franken in dieses Vorhaben investiert. Die Investitionsbeiträge des Kantons nehmen um 27.3 Mio. Franken oder 30% zu.

Den Mehrausgaben stehen teilweise grössere Entlastungen gegenüber. Die Ausgaben für den Strassenbau reduzieren sich insgesamt um 4.5 Mio. Franken und ein im Vorjahresbudget enthaltenes grösseres Darlehen der Wirtschaftsförderung entfällt im Berichtsjahr.

Die **Finanzierungsrechnung** des Budgets 2007 weist im Vergleich mit den Vorjahren folgende Ergebnisse aus:

Finanzierungsrechnung	Rechnung 2005 ¹⁾	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in Mio. Franken)				
FINANZIERUNG				
Nettoinvestitionen	148.2	172.2	202.3	30.1
Selbstfinanzierung:				
Ergebnis Laufende Rechnung	80.7	45.6	35.6	-10.0
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen:				
Nettoinvestitionen SF-Strassen	55.8	52.1	54.1	2.0
Ordentliches übriges Verwaltungsvermögen	110.9	96.8	150.4	53.6
Zusätzliche Abschreibungen	441.3	30.4		-30.4
Anteil am Golderlös	-436.2			
Buchmässiger Systemwechsel beim Ausweis des FAG-Anteils dir. Bundessteuern	-59.3			
Veränderung Strassenschuld (- = Erhöhung)	0.0	-15.6	-18.0	-2.4
Übrige buchmässige Veränderungen von Spezialfinanzierungen und Reserven	55.7	-18.6	-6.8	11.8
Selbstfinanzierung	248.9	190.7	215.3	24.6
Finanzierungsüberschuss	100.7	18.5	13.0	-5.5
Selbstfinanzierungsgrad	167.9%	110.7%	106.4%	

¹⁾ Bereinigung im Zusammenhang mit der Verwendung des SNB-Golderlöses sowie ohne Ausfinanzierung der Kantonalen Pensionskasse, ohne zusätzliche Abschreibungen des KPG-Fehlbetrages und a.o. Erträge zur Deckung dieser Abschreibungen

Aus der Gegenüberstellung der erwarteten Summe an selbst finanzierten Mitteln (Selbstfinanzierung) von 215.3 Mio. Franken und der massgebenden Nettoinvestitionen von 202.3 Mio. Franken resultiert ein Finanzierungsüberschuss von 13 Mio. Franken (Vorjahresbudget 18.4 Mio. Franken) bzw. ein Selbstfinanzierungsgrad von 106.4% (Vorjahr 110.7%). Mit diesem Ergebnis kann die finanzielle Situation des Kantons weiter verbessert werden.

Das Budget 2007 der Spezialfinanzierung Strassen schliesst im Gesamtergebnis mit einem Ausgabenüberschuss von 18 Mio. Franken ab, gegenüber 15.6 Mio. Franken im Budget des Vorjahres und 8.8 Mio. Franken in der Rechnung 2005.

Die Gesamtausgaben der Spezialfinanzierung Strassen liegen mit 393.5 Mio. Franken um 3.9 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget. Der Vergleichswert der Rechnung 2005 wird um 17.4 Mio. Franken überschritten.

Für den Bau der Hauptstrassen sind 23 Mio. Franken weniger eingesetzt. Insbesondere die Umfahrungen Flims und Klosters beanspruchen in der Abschlussphase weniger Mittel. Dagegen sind rund 18 Mio. Franken mehr für den Bau der Nationalstrassen, namentlich für die Umfahrung Roveredo und die Umfahrung Küblis geplant. Diese Investitionen werden zu 92% vom Bund subventioniert.

Die Instandhaltung des grossen Bündner Strassennetzes erfordert zusätzliche Mittel. Deshalb sind für den Unterhalt der Kantonsstrassen erneut mehr Mittel vorgesehen.

Die Gesamteinnahmen der Strassenrechnung nehmen gegenüber dem Budget 2006 um 1.4 Mio. Franken auf 375.5 Mio. Franken geringfügig zu. Als Folge der Mittelumschichtung vom Bau zum Unterhalt reduzieren sich die Beiträge des Bundes an den Kantonsstrassenbau um 22.4 Mio. Franken. Die nicht werkgebundenen Bundesbeiträge an die Strassenrechnung steigen hingegen um 5.7 Mio. Franken auf 72.6 Mio. Franken an. Das höhere Ausbauvolumen der Nationalstrassen löst ebenfalls 17.1 Mio. Franken mehr an Bundesbeiträgen aus.

Die **konsolidierten Gesamtausgaben I** nehmen im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahresbudget um beachtliche 133.6 Mio. Franken oder um 6.3% zu. Bei den Investitionen fallen vor allem die Ausgaben für die Sanierung der Kantonsschule Chur sowie der ausserordentliche Beitrag an die RhB für die Beschaffung von Rollmaterial ins Gewicht. Im Bereich der Laufenden Rechnung schlagen vor allem die stark steigenden Beiträge an Dritte zu Buche. Werden beim Vergleich mit dem Vorjahr die durchlaufenden Beiträge an Dritte abgezogen, resultiert ein Ausgabenanstieg von 115.5 Mio. Franken oder 7.3 %. Für eine staats- und finanzpolitische Beurteilung ist dieser Wert um einige Sonderfaktoren zu bereinigen. Auszuklammern sind die ausserordentlichen Positionen für innovative Projekte, die Abgrenzungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf die NFA sowie der Wechsel auf das neue Berufsbildungsgesetz. Mit der Vornahme einer entsprechenden Korrektur beträgt das Ausgabenwachstum noch 4.3%. Werden schliesslich auch die - vollständig durch die Zuschlagssteuer finanzierten - um 30 Mio. Franken gestiegenen Gemeindeanteile am interkommunalen Finanzausgleich abgezogen, liegen die massgebenden Gesamtausgaben noch um 2.6% über dem Vorjahresbudget. Nimmt man ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP) von 3% an, kann in etwa von einer stabilen Staatsquote ausgegangen werden.

Konsolidierte Gesamtausgaben	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
		(in Mio. Franken)		%
Ausgaben Investitionsrechnung brutto	757.0	372.5	409.8	37.3 10.0
Aufwand Laufende Rechnung brutto	2'758.1	2'174.4	2'286.9	112.5 5.2
Total Bruttoausgaben	3'515.1	2'546.9	2'696.7	149.8 5.9
Korrekturen:				
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen (331)	-166.7	-133.3	-186.5	-53.2 -39.9
- Ausserordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen (332)	-441.3	-30.4		30.4 100.0
- Interne Verrechnungen (39)	-350.2	-256.3	-242.0	14.3 5.6
- Anteil Ausfinanzierung KPG (585)	-381.3			
- Einlagen in Fonds und Reserven (38)	-82.3	-3.5	-11.2	7.7 220.0
Konsolidierte Gesamtausgaben I (ausgabenwirksam)	2'093.3	2'123.4	2'257.0	133.6 6.3
- Durchlaufende Beiträge Laufende Rechnung (37)	-423.5	-436.9	-444.0	7.1 1.6
- Durchlaufende Beiträge Investitionsrechnung (57)	-131.6	-102.5	-113.5	11.0 10.7
Konsolidierte Ausgaben II	1'538.2	1'584.0	1'699.5	115.5 7.3
Veränderung gegenüber Vorjahr		3.0%	7.3%	

2 EINHALTUNG DER FINANZPOLITISCHEN VORGABEN

Der Grosse Rat hat am 18. Juni 2004 anlässlich der Behandlung des offiziellen Finanzplans mit den finanzpolitischen Beschlüssen für die Jahre 2005 - 2008 die massgebenden Richtwerte für die Budgetierung festgelegt (Heft Nr. 1/2004 - 2005, S. 73). Mit dem neuen Personalgesetz wird auf den 1.1.2007 die Stellenplanbindung wegfallen und durch die Globalkreditsteuerung ersetzt. **Mit Ausnahme des Stellenstopps bzw. des Globalkredits für neue Stellen werden mit dem Budget 2007 alle Massnahmen umgesetzt.**

Der **Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung** beträgt gemäss vorliegendem Entwurf 35.6 Mio. Franken. Die Vorgabe eines maximalen Budgetdefizits von 30 Mio. Franken wird **eingehalten**.

Der **Steuerfuss** soll unverändert auf 105% der einfachen Kantonssteuer **belassen** werden. Bezuglich näherer Einzelheiten verweisen wir auf den separaten Abschnitt 3. - Festsetzung der Steuerfusse - in diesem Bericht.

Die mit kantonseigenen Mitteln zu finanzierenden **Nettoinvestitionen** belaufen sich auf 202.3 Mio. Franken. Darin enthalten ist das innovative Projekt „Erneuerung des Rollmaterials der RhB“ mit 22 Mio. Franken. Im Weiteren sind Investitionsbeiträge von 3.5 Mio. Franken an die Grosswägerei in Domat/Ems und von 4.1 Mio. Franken an den Bau der Porta Alpina berücksichtigt. Unter Ausklammerung dieser ausserordentlichen Vorhaben, die in der Finanzplanung nicht enthalten sind, wird die Richtgrösse von maximal 170 Mio. Franken praktisch **eingehalten**.

Mit dem vorgesehenen **Finanzierungsüberschuss** von 13 Mio. Franken wird die vorgegebene Grenze für die jährliche Neuverschuldung von höchstens 70 Mio. Franken **nicht beansprucht**.

Das **Defizit der Spezialfinanzierung Strassen** liegt mit 18 Mio. Franken **unter der Maximalvorgabe** von höchstens 20 Mio. Franken pro Jahr.

Die **Staatsquote** (ohne durchlaufende Beiträge) soll stabil gehalten werden. Das nominelle BIP dürfte im Jahr 2007 voraussichtlich um 3.0% ansteigen. Die Zunahme der konsolidierten Gesamtausgaben nach Ausklammerung der ausserordentlichen Positionen für Innovative Projekte und der Abgrenzungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf NFA und den Wechsel auf das neue Berufsbildungsgesetz beläuft sich auf 4.3%. Zieht man auch die – vollständig durch die Zuschlagssteuer finanzierten - um 30 Mio. Franken gestiegenen Gemeindeanteile am interkommunalen Finanzausgleich ab, bewegen sich die massgebenden Gesamtausgaben noch um 2.6% über dem Vorjahresbudget. Folglich kann auch diese finanzpolitische Vorgabe als **umgesetzt** bezeichnet werden.

Die Betriebs- und Investitionsbeiträge an Gemeinden, Institutionen und Private wachsen gegenüber dem Vorjahresbudget - nach Abzug der ausserordentlichen Beiträge und zeitlichen Abgrenzungen - um 3.0%. Die für den Kanton geltenden Vorgaben bezüglich des **Ausgabenwachstums** werden folglich auch bei den subventionierten Bereichen im Durchschnitt **eingehalten**.

Im Zusammenhang mit dem neuen Personalgesetz hat die Regierung mit RB Nr. 150 vom 07. Februar 2006 die Stellenplanbewirtschaftung durch drei pauschale Steuerungsgrössen abgelöst. Es handelt sich um die Globalkredite für Lohnentwicklung, für Stellenschaffungen und für die Leistungsprämie. Die neue Regelung gilt erstmals mit dem Budget 2007. Im vorliegenden Budget sind für neue Stellen 2.5 Mio. Franken enthalten. Aus verschiedenen Gründen kann die Vorgabe, auf **neue Stellen** zu verzichten, **nicht eingehalten** werden.

Neue **Lastenverschiebungen** vom Kanton auf die Gemeinden sind im Budget 2007 nicht feststellbar. Gewisse Mehrbelastungen haben die Gemeinden im Zusammenhang mit den Sanierungsmassnahmen zu übernehmen. Es handelt sich dabei aber nicht um neue Vorhaben.

Die massgeblichen **Entgelte** steigen bei einer mutmasslichen Jahresteuerung von 1.5% gegenüber dem Vorjahresstand um insgesamt 3.9% an. Die Vorgabe bezüglich ausreichender Nutzniesser- und Verursacherfinanzierung kann demnach **eingehalten** werden.

Die im Budget 2007 enthaltenen **neuen Vorhaben** - namentlich die innovativen Projekte - sind durch das im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Dotationskapital ausbezahlte Agio der GKB finanziert. Zudem liegt das Gesamtergebnis der Laufenden Rechnung über der finanzpolitischen Vorgabe des Grossen Rates. Alle im Budget enthaltenen Ausgaben, ob neu oder bestehend, sind mithin vollständig finanziert. Damit ist auch diese Vorgabe **umgesetzt**.

3 FESTSETZUNG DER STEUERFÜSSE

3.1 Kantonaler Steuerfuss für das Jahr 2007

Gemäss Art. 35 Abs. 2 der Kantonsverfassung legt der Grosse Rat die Höhe der Kantonssteuern nach Massgabe der Steuergesetzgebung fest.

Der budgetierte Überschuss der Laufenden Rechnung 2007 liegt mit 35.6 Mio. Franken (Vorjahresbudget 45.6 Mio. Franken) über den Vorgaben von Regierung und Grossem Rat. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von 106.4% (Vorjahr 110.7%) können die vom Kanton zu finanzierenden Investitionsausgaben vollumfänglich aus dem Mittelfluss der Laufenden Rechnung gedeckt werden. Die Finanzperspektiven weisen für das Jahr 2008 auf eine deutliche Verbesserung des Kantonshaushalts hin. Die voraussichtlich positiven Ergebnisse der Rechnungen 2006 und 2007 sollen für den weiteren Aufbau des Eigenkapitals genutzt werden, was vor allem in Bezug auf die beabsichtigte Steuergesetzrevision mit Ertragsausfällen für den Kanton von rund 90 Mio. Franken ab dem Jahr 2009 von besonderer Bedeutung ist.

Die schweizerische und die bündnerische Wirtschaft dürften sich in den Jahren 2006 und 2007 gut entwickeln und die Staatsfinanzen positiv beeinflussen. Der finanzpolitische Spielraum soll für gezielte steuerliche Entlastungen von Familien und juristischen Personen im Kanton genutzt werden. Der Grosse Rat hat die entsprechende Botschaft der Regierung in der Oktobersession 2006 verabschiedet. Im Hinblick auf diese bevorstehenden umfangreichen steuerlichen Entlastungen besteht kein Spielraum für weitere, generelle Steuersenkungen.

In Anbetracht der gegebenen Umstände soll der kantonale Steuerfuss für das Jahr 2007 unverändert auf 105% der einfachen Kantonssteuer belassen werden. Damit wird auch dem Finanzplanbeschluss des Grossen Rates Rechnung getragen, wonach die Steuerbelastung in der Periode 2005 – 2008 möglichst stabil zu halten ist.

3.2 Steuerfuss und Beiträge für den interkommunalen Finanzausgleich (FAG)

Der Steuerfuss für die Zuschlagssteuer wirkt sich auf drei Grössen aus. Er bestimmt die Belastung der juristischen Personen, die Höhe der Gemeindetreffnisse und den Überschuss der Zuschlagssteuern, welcher in den Finanzausgleichsfonds fliesst.

Der geltende Steuerfuss der Zuschlagssteuer, die der Kanton von den juristischen Personen für die Gemeinden erhebt, beträgt 101% der einfachen Kantonssteuer. Gestützt auf Art. 7 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG; BR 720.350) liegt die Spannweite für den zulässigen Steuerfuss zwischen 88% und 108%.

Mit der Festsetzung der Höhe der Finanzierungsbeiträge der Gemeinden und des Kantons werden die Mittelzufluss und der Bestand des Finanzausgleichsfonds massgebend gesteuert. Der gesetzliche Spielraum bewegt sich gestützt auf Art. 3 Abs. 1 lit. b FAG zwischen 5% und 12% der Zuschlagssteuer.

Der Finanzausgleichsfonds (FAG-Fonds) weist per Ende 2005 einen Bestand von 17.7 Mio. Franken (Vorjahr 24.9 Mio. Franken) auf. In den letzten vier Rechnungsjahren hat er sich ausgehend von einem Betrag von 47.5 Mio. Franken auf beinahe einen Dritt reduziert. Er liegt damit unter einem Jahresumsatz. Im laufenden Jahr ist mit einer weiteren Reduktion des Fondsbestandes in der Grössenordnung von 5 Mio. Franken zu rechnen. Um diesen Abwärtstrend zu brechen, hat der Grosse Rat im Budget 2006 die Ansätze für die Finanzierungsbeiträge der Gemeinden und des Kantons von 6% auf 10% erhöht (mit Wirkung ab dem Jahr 2007). Der Fondsbestand sollte sich bis Ende 2007 wieder auf einen Wert von ca. 18 Mio. Franken erhöhen. Gestützt auf die Finanzplanung 2008 – 2011 wird sich der Fondsbestand in den Folgejahren in etwa stabilisieren. Für die Finanzplanjahre drängen sich daher in Bezug auf die Festlegung der Finanzierungsbeiträge keine weiteren Massnahmen auf. Der Steuerfuss für die Zuschlagssteuer soll ebenfalls unverändert auf 101% der einfachen Kantonssteuer belassen werden.

Ebenfalls auf der bisherigen Höhe, das heisst bei 50% belassen werden soll der Prozentsatz für die Kürzung der Gemeindetreffnisse. Im Zusammenhang mit dem Einsatz von Sondermitteln zur Realisierung von innovativen Projekten ist im Budget 2007 erstmals ein kantonaler Zusatzbeitrag (gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. e und Art. 3 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz) von 2 Mio. Franken enthalten. Er wird zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen eingesetzt.

3.3 Quellensteuerfuss für Gemeinden und Kirchen

Gestützt auf Art. 3 Abs. 4 des kantonalen Steuergesetzes hat der Grossen Rat den Steuerfuss für die Quellensteuern der Gemeinden sowie der Landeskirchen und von deren Kirchgemeinden zu beschliessen. Der einheitlich festzulegende Quellensteuerfuss für das Jahr 2007 ist aufgrund der geltenden Steuerfusse der Gemeinden, Landeskirchen und Kirchgemeinden des Jahres 2006 zu bestimmen. Die Quellensteuer wird mit einem besonderen Verfahren erhoben. Dieses soll für die entsprechenden Verhältnisse eine geeignete und praktikable Lösung sein und muss den Aspekten der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Rahmen des Möglichen Rechnung tragen. Dies bedeutet, dass der Steuerfuss nach sachlichen Kriterien festzulegen ist und einen fairen Durchschnittswert darzustellen hat. Dieser Mittelwert soll, wenn keine grossen Veränderungen eintreten, über mehrere Jahre unverändert bleiben und nicht schon bei minimen Verschiebungen angepasst werden.

Der Grossen Rat hat für das Jahr 2005 einer Reduktion der Quellensteuerfusse von 100% auf 95% für die Gemeinden und von 15% auf 13% für die Kirchen zugestimmt. Die Steuerverwaltung hat Berechnungen für die Festlegung der Quellensteuerfusse für Gemeinden und Kirchen nach den gleichen Regeln wie in den Vorjahren vorgenommen. Die durchschnittlichen Steuerfusse haben sich gegenüber dem laufenden Jahr von 95,22% auf 93.80% (Gemeinden) bzw. von 13.20% auf 12.97% (Kirchen) leicht reduziert. Sie liegen damit immer noch sehr nahe an den vom Grossen Rat beschlossenen Steuerfüssen für das Jahr 2006. Die Steuerfusse für die Quellensteuern für das Jahr 2007 sind daher unverändert bei 95% (Gemeinden) und 13% (Kirchen) festzulegen.

4 ANPASSUNGEN DER VERWALTUNGS- UND RECHNUNGSORGANISATION

4.1 Verwaltungsreform nach Mass

Die Regierung hat am 15. März 2005 beschlossen, die Strukturen der kantonalen Verwaltung in fünf Schwerpunktsbereichen anzupassen. Damit trägt sie neuen Bedürfnissen in den Bereichen Sicherheit und Bevölkerungsschutz, Wirtschaft, Arbeit und Soziales sowie Finanzen und Gemeinden Rechnung. Gleichzeitig werden mit einer umfassenden Zuständigkeit für die Verkehrspolitik deren Bedeutung für den Kanton Graubünden unterstrichen und mit der Neuzuteilung der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen zum EKUD zusätzliche Perspektiven eröffnet. Mit der Schaffung eines Amtes für Höhere Bildung wird der Bildungsstandort Graubünden gestärkt.

Drei Departemente der kantonalen Verwaltung werden aufgrund der Neuzuteilung von Aufgabenbereichen per 1.1.2007 umbenannt:

Bisherige Bezeichnung	Neue Bezeichnung
Departement des Innern und der Volkswirtschaft (DIV)	Departement für Volkswirtschaft und Soziales (DVS)
Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement (JPSD)	Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG)
Finanz- und Militärdepartement (FMD)	Departement für Finanzen und Gemeinden (DFG)

Im Budget 2007 sind sämtliche Anpassungen der beschlossenen Verwaltungsreform berücksichtigt. Die neue Struktur der kantonalen Verwaltung Graubünden per 1.1.2007 ist aus nachfolgendem Organigramm ersichtlich.

4.2 Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Rechnungsorganisation (Dienststellengliederung) der kantonalen Verwaltung ist im Budget 2007 von der Verwaltungsreform geprägt. Zusammengefasst sind folgende Bewegungen organisatorischer Art zu verzeichnen:

Departement	Zugang	Abgang
DVS	+ Fonds für gemeinnützige Zwecke und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs Spezialfinanzierung (Gld. Nr. 2301) + Sozialamt (ohne Schutzaufsicht und Asylorganisation, Gld. Nr. 2310) + Sozialversicherungen (Gld. Nr. 2320)	- Gemeindeaufsicht (Teil der Gld. Nr. 2000) - Gemeindeinspektorat (Gld. Nr. 2100) - Beitragsrechnung für den interkommunalen Finanzausgleich (Gld. Nr. 2102)
DJSG	+ Amt für Militär und Zivilschutz (Gld. Nr. 3140) + Zivilschutz Ersatzbeitragsfonds Spezialfinanzierung (Gld. Nr. 3145)	- Sozialamt (ohne Schutzaufsicht und Asylorganisation, Gld. Nr. 3215) - Fonds für gemeinnützige Zwecke und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs Spezialfinanzierung (Gld. Nr. 3201)
DFG	+ Gemeindeaufsicht (Teil der Gld. Nr. 5000) + Amt für Gemeinden (Gld. Nr. 5310) + Amt für Schätzungswesen (Gld. Nr. 5030) + Beitragsrechnung für den interkommunalen Finanzausgleich (Gld. Nr. 5315)	- Sozialversicherungen (Gld. Nr. 5160) - Amt für Militär und Zivilschutz (Gld. Nr. 5230) - Zivilschutz Ersatzbeitragsfonds (Gld. Nr. 5235) Spezialfinanzierung
BVFD	Umfassende Zuständigkeit für die Verkehrspolitik inklusive Transitpolitik	- Amt für Schätzungswesen (Gld. Nr. 6115)

Innerhalb der Verwaltungsreform wird per 1.1.2007 ein neues **Amt für Justizvollzug** (Gld. Nr. 311) mit den Strafanstalten Sennhof (Gld. Nr. 3113) und Realta (Gld. Nr. 3110), dem Gutsbetrieb Realta (Gld. Nr. 3111) sowie der Einweisungs- und Bewährungshilfe (Gld. Nr. 3114) (Teile aus dem Sozialamt und aus dem Depar-

tements-Sekretariat Justiz und Polizei) geschaffen. Die bisher separat ausgewiesene Rechnungsrubrik Melioration Domleschg (Gld. Nr. 3112) wird neu in den Gutsbetrieb Realta integriert.

Im Weiteren wurden noch folgende Anpassungen vorgenommen:

Die bisherigen **Departements-Sekretariate Justiz/Polizei und Sanität** (Gld. Nr. 3100 und 3200) werden per 1.1.2007 zusammengelegt und unter der Rechnungsrubrik 3100 weitergeführt.

Die bisher separat ausgewiesene **Flüchtlingsfürsorge** (Gld. Nr. 3216) wird per 1.1.2007 neu geregelt und in das Sozialamt (Gld. Nr. 3215) integriert.

Die Anteile an **Erträgnissen und Steuern des Bundes** (Gld. Nr. 5112) werden per 1.1.2007 unter der neuen Gliederungsnummer 5142 ausgewiesen.

Der **interkommunale Finanzausgleich** (Gld. Nr. 5135) wird per 1.1.2007 mit der **Beitragsrechnung für den interkommunalen Finanzausgleich** (Gld. Nr. 2102) zusammengelegt und unter der neuen Rechnungsrubrik 5315 dargestellt.

4.3 Artengliederung

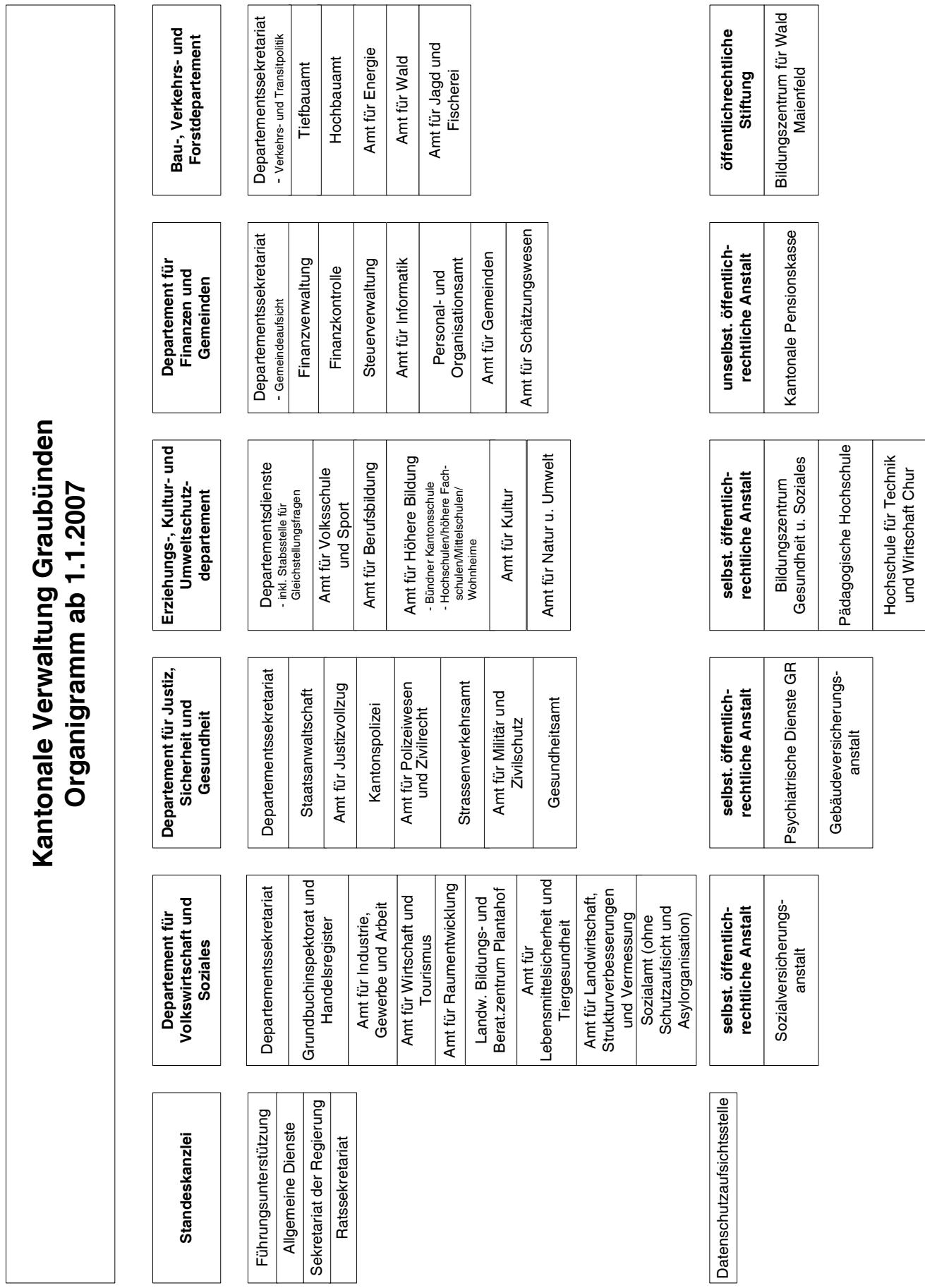
Grundlage für die Rechnungsorganisation bildet das harmonisierte Rechnungsmodell für öffentliche Haushalte (HRM). Neben den üblichen Neueröffnungen und Anpassungen einiger Kontopositionen erfolgten keine Änderungen von Bedeutung. Gegenüber dem Budget 2006 verändert sich die Verbuchungspraxis der Lohnaufwändungen.

4.3.1 Neue Form der Lohnaufwand-Steuerung

Die Regierung hat mit Protokoll Nr. 150 vom 7. Februar 2006 eine neue Form der **Lohnaufwand-Steuerung** und die Zusammenlegung der Konten für Stellenplanstellen und Aushilfen beschlossen. Die Kontopositionen 3015 und 3025 werden ab 1. Januar 2007 aufgehoben und mit den Konten 3010 bzw. 3020 zusammengelegt.

Mit der neuen Steuerungsform des Lohnaufwandes werden die Kosten für die **individuellen Lohnerhöhungen** per 1. Januar des Folgejahres, die **Leistungsprämie** und die zusätzlichen Kosten für **Stellenschaffungen** (inkl. Aushilfen) pauschal unter der neuen Gliederungsnummer 9002 - Pauschalen für Lohnentwicklungen, Leistungsprämien und Stellenschaffungen - im Budget erfasst. Bei den Dienststellen werden dezentral die Basislohnsummen ausgewiesen, die sich aus den Ist-Löhnen des laufenden Rechnungsjahres ergeben. Die durch den Grossen Rat bewilligten Mittel für die individuellen Lohnerhöhungen und die Stellenschaffungen werden anschliessend durch die Regierung auf die Dienststellen verteilt.

**Kantonale Verwaltung Graubünden
Organigramm ab 1.1.2007**



5 LAUFENDE RECHNUNG

5.1 Übersichten

Die Laufende Rechnung zeigt im Vergleich zu den Vorjahren folgendes Ergebnis:

Laufende Rechnung	Rechnung 2005 ¹⁾	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in Mio. Franken)				
Aufwand	2'246.9	2'174.3	2'286.9	112.6
Ertrag	2'327.6	2'219.9	2'322.5	102.6
Ertragsüberschuss	80.7	45.6	35.6	-10.0

1) Bereinigung im Zusammenhang mit der Verwendung des SNB-Golderlöses sowie ohne Ausfinanzierung der Kantonalen Pensionskasse, ohne zusätzliche Abschreibungen des KPG-Fehlbetrages und a.o. Erträge zur Deckung dieser Abschreibungen.

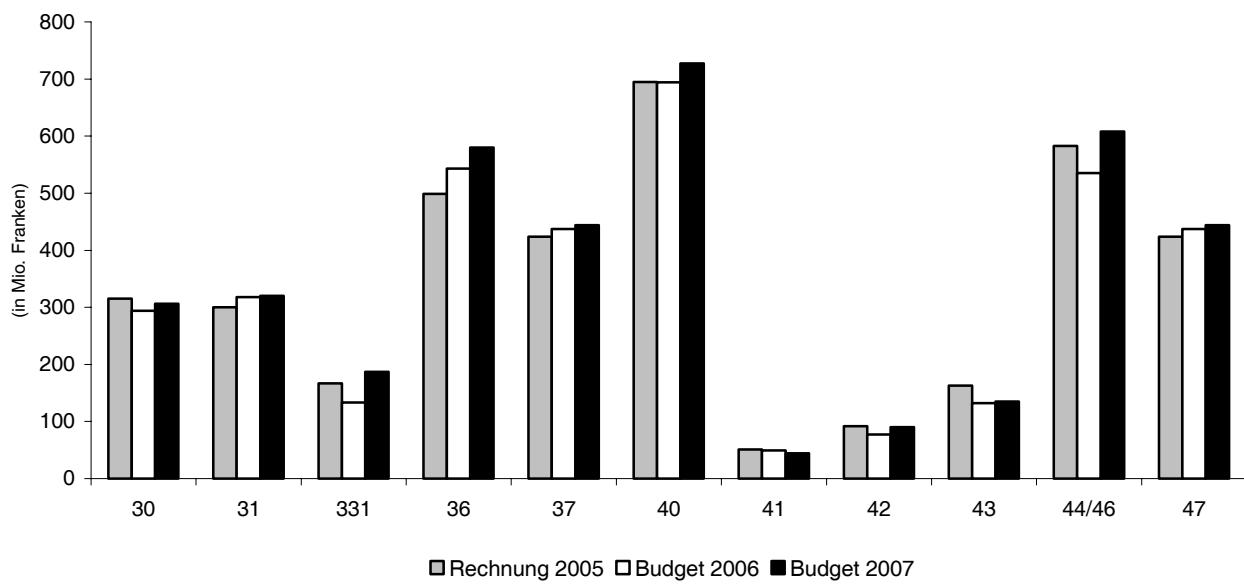
Die Verteilung der Aufwändungen und Erträge der Laufenden Rechnung auf die einzelnen Sachgruppen und deren Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

Laufende Rechnung Gliederung nach Sachgruppen	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in Mio. Franken)				
3 Total Aufwand	2'758.1	2'174.4	2'286.9	112.5
<i>Total ohne Auswirkung SNB-Golderlös</i>	2'246.9	2'174.4	2'286.9	112.5
30 Personalaufwand	315.5	294.2	305.6	11.4
31 Sachaufwand	300.0	318.1	320.2	2.1
32 Passivzinsen	28.8	20.1	19.4	-0.7
33 Abschreibungen	614.2	168.5	191.7	23.2
<i>davon Verwendung SNB-Golderlös</i>	361.2			
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	136.4	125.4	164.9	39.5
35 Entschädigungen an Gemeinwesen für Dienstleistungen	7.8	8.0	8.0	31.5
36 Eigene Beiträge	499.4	543.4	579.9	36.5
37 Durchlaufende Beiträge	423.5	436.9	444.0	7.1
38 Einlagen in Bestandeskonten von Spezial- finanzierungen, Rückstellungen und Fonds <i>davon zusätzliche Einlage z.L. SNB-Golderlös</i>	82.3	3.5	11.2	7.7
39 Interne Verrechnungen <i>davon Zuweisung an SF-Strassen aus SNB-Golderlös</i>	350.2	256.3	242.0	-14.3
4 Ertrag	2'838.8	2'219.9	2'322.5	102.6
<i>Total ohne Auwirkung SNB-Golderlös</i>	2'327.6	2'219.9	2'322.5	102.6
40 Steuern	695.0	694.3	727.3	33.0
41 Wasserzinsen, Regalien und Konzessionen	51.2	49.2	44.1	-5.1
42 Vermögenserträge	92.5	77.3	89.9	12.6
43 Entgelte	163.4	132.3	134.9	2.6
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung <i>davon Anteil an SNB-Golderlös</i>	791.5	291.2	356.5	65.3
	436.2			
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	17.3	16.5	13.9	-2.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	227.5	243.8	251.8	8.0
47 Durchlaufende Beiträge	423.5	436.9	444.0	7.1
48 Entnahme aus Bestandeskonten von Spezial- finanzierungen, Rückstellungen und Fonds	26.7	22.1	18.1	-4.0
49 Interne Verrechnungen <i>davon Einlage in SF-Strassen aus SNB-Golderlös</i>	350.2	256.3	242.0	-14.3
	75.0			

Die Gegenüberstellung der wichtigsten Aufwand- und Ertragsgruppen und deren Entwicklung im Vorjahresvergleich zeigt folgendes Bild:

Aufwand- und Ertragsvergleich

(ohne Auswirkungen des Anteils am SNB-Golderlös)



Aufwand		Ertrag	
Sachgruppen	30 = Personalaufwand	40 = Steuern	
	31 = Sachaufwand	41 = Wasserzinsen	
	331 = Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	42 = Vermögenserträge	
	36 = Eigene Beiträge	43 = Entgelte	
	37 = Durchlaufende Beiträge	44/46 = Anteile aus Bundeseinnahmen und Beiträge des Bundes für eigene Rechnung	
		47 = Durchlaufende Beiträge	

In den anschliessenden Abschnitten werden die bedeutenderen Aufwändungen und Erträge nach Sachgruppen erläutert. Gleichzeitig wird auf Abschnitt III. dieses Berichtes verwiesen, in welchem Budgetpositionen mit grösseren Abweichungen gegenüber dem Vorjahr im Einzelnen aufgeführt und begründet sind.

5.2 Personalaufwand (30)

Personalaufwand	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1000 Franken)				
Behörden, Kommissionen und Richter	4'518	4'886	5'025	139
Löhne des Personals	265'138	244'814	254'259	9'445
Sozialversicherungsbeiträge	20'492	19'278	20'067	789
Personalversicherungsbeiträge	20'753	19'765	20'494	729
Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	660	683	701	18
Übrige Personalaufwändungen	3'939	4'802	5'048	246
Total	315'500	294'228	305'594	11'366
				3.9

Der Rückgang des Personalaufwands gegenüber der Rechnung 2005 ist hauptsächlich durch die Ausgliederung des Frauenspitals Fontana und die Verselbständigung der Pädagogischen Hochschule begründet. Die

Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget um insgesamt 11.4 Mio. Franken ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Veränderung des Personalaufwands gegenüber dem Vorjahresbudget		(in Mio. Franken)
Mehraufwand:		
Voraussichtlicher Teuerungsausgleich per 1.1.2007: 1.5%		4.1
Stellenschaffungen		0.5
Erhöhung des Aushilfenkredits		2.1
Erhöhung Korpsbestand (inkl. Aspiranten) der Kantonspolizei		1.2
Mehrkosten der Personalgesetz-Revision		2.6
Mehrkosten wegen tieferer Fluktuationsrate		0.5
Zunahme der Sozialversicherungsbeiträge		1.0
Zunahme der übrigen Personalaufwändungen		0.6
Minderaufwand:		
Einsparungen durch SLSK/Auftrag Feitscher		-1.2
Zunahme gegenüber dem Budget 2006		11.4

Die Erhöhung des Aushilfenkredits wird mit rund 1.5 Mio. Franken durch Dritte und vom Bund (RAV) finanziert. Die vom Grossen Rat in der Junisession 2006 beschlossene Revision des Personalrechts ist mit Mehrkosten für Leistungsprämien, besondere Sozialzulagen und Arbeitsentschädigungen für nebenamtliche Mitarbeitende verbunden. Die geringe Fluktuationsrate beim kantonalen Personal wirkt sich ebenfalls kostenerhöhend aus. Für die Ausbildung der Polizeianwärter und für die flächendeckende Einführung des GRiforma-Modells werden ebenfalls mehr personelle Mittel benötigt.

Die Regierung beabsichtigt, für das Personal im Jahr 2007 die **Teuerung** auszugleichen. Massgebend für den Teuerungsausgleich ist der Stand des Konsumentenpreisindexes Ende November 2006. Zum Zeitpunkt der Budgetaufbereitung wurde davon ausgegangen, dass die Jahresteuerung 1.5% betragen wird. Dieser Teuerungsausgleich ist in der Rechnungsrubrik 9001 - Globaler Teuerungsausgleich - berücksichtigt.

Anstelle der bisherigen Stellenplansteuerung wird der Grosser Rat in Zukunft den **Lohnaufwand mit drei Steuerungssätzen** (Globalkredite) steuern können. Die Regierung bestimmt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Globalkredite den Ausgleich der Teuerung, die Mittelverwendung für die individuellen Lohnentwicklungen, die Leistungsprämie sowie die Schaffung neuer Stellen. Mit dem neuen Steuerungssystem kann eine erhöhte Transparenz über das reale Lohnwachstum erreicht werden.

Da der Grosser Rat in Zukunft die gesamten Lohnaufwändungen mittels Budgetkrediten und die Veränderung der Gesamtlohnsumme in Form von Globalbudgets steuert, ist er konsequenterweise von der Stellenbewirtschaftung zu entlasten. Um diesen Systemwechsel vornehmen zu können, sind die Zuständigkeiten für Stellenschaffungen und Stellenumwandlungen mit grösseren finanziellen Auswirkungen im Rahmen der bewilligten Kredite von der Geschäftsprüfungskommission auf die Regierung übertragen worden. Diese Kompetenzdelegation wurde vom Grossen Rat mit Annahme des neuen Personalgesetzes gutgeheissen. Als Folge davon wird an dieser Stelle auf die Darstellung der Stellenplanentwicklung verzichtet.

Unter der **pauschalen Budget-Korrektur von Personalkrediten** (Gld.Nr. 9005) werden jene Massnahmen und Korrekturen im Personalkostenbereich berücksichtigt, die im Budgetjahr nicht direkt einer Dienststelle zugewiesen werden können. Die **Korrektur** ist im Budget 2007 unverändert mit 4.4 Mio. Franken berücksichtigt. Es handelt sich um einen Erfahrungswert, der ausschliesslich der Budgetgenauigkeit dient.

5.3 Sachaufwand (31)

Der **Sachaufwand** umfasst die Aufwändungen der Verwaltung für die Beschaffung von Konsumgütern sowie für Dienstleistungen und Gebühren. Insgesamt erhöht sich der Aufwand um 2.1 Mio. Franken oder 0.7% gegenüber dem Vorjahresbudget. Die einzelnen Sachaufwandpositionen verändern sich wie folgt:

Sachaufwand	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1000 Franken)				
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8'113	8'659	8'754	95
311 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	10'334	12'244	12'854	610
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	6'421	6'849	7'033	184
313 Verbrauchsmaterialien	42'770	43'228	41'950	-1'278
314 Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	137'570	153'709	158'659	4'950
315 Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	3'803	4'189	4'052	-137
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13'056	12'921	14'254	1'333
317 Spesenentschädigungen	4'939	5'549	5'611	62
318 Dienstleistungen und Honorare	41'642	39'208	40'392	1'184
319 Übriger Sachaufwand	31'385	31'527	26'620	-4'907
Total	300'033	318'083	320'179	2'096

Die Abnahme bei den **Verbrauchsmaterialien** (313) ist auf geringere Kosten für Beteiligungs-, Beteiligungsersatz- und Jahreskostenenergie zurückzuführen. Diesen Minderaufwändungen stehen Mindererträge in gleicher Höhe gegenüber. Bei den **Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt** (314) fallen grössere Unterhaltsarbeiten bei den Kantonstrassen an. Die **Mieten, Pachten und Benützungskosten** nehmen durch die Übernahme der Liegenschaftskosten der Asylzentren durch das Hochbauamt sowie wegen gestiegener Heizmaterialpreise zu. Ebenfalls fallen höhere Kosten für Mieten und Benützungsgebühren für technische Einrichtungen, wie Funkstationen (Ablösung Richtfunkstrahl) sowie EDV-Anlagen und -Programme der Dienststellen an. Die **Dienstleistungen und Honorare** (318) nehmen durch höhere Kosten der gewerblichen und kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen, schnellere Umsetzung der Öko-Qualitätsverordnung sowie höhere Projektierungskosten für neue Anlagen und Erweiterungsbauten zu. Der **übrige Sachaufwand** (319) vermindert sich aufgrund geringerer Aufwändungen für das WEF in Davos sowie für den Asylbereich (Übertrag der Bewirtschaftung für die Liegenschaften an das Hochbauamt) und die Flüchtlingsfürsorge.

5.4 Abschreibungen (33)

Die Abschreibungen auf dem **Finanz- und Verwaltungsvermögen** nehmen insgesamt um 23.2 Mio. Franken auf 191.7 Mio. Franken zu.

Die **Abschreibungen auf dem Finanzvermögen**, welche sich hauptsächlich aus uneinbringlichen Steuerguthaben ergeben, sind mit 5.2 Mio. Franken um 0.3 Mio. Franken höher budgetiert als im Vorjahr.

Unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben setzen sich die **ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen** wie folgt zusammen:

Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	Restbuchwerte Ende 2006	Investitionen 2007	abschreibungspflichtiges Verwaltungsvermögen Ende 2007	Abschreibung	
			(in 1000 Franken)	%	
1. Ordentliche Abschreibungen auf Sachgüter:	77'698	26'265	103'963	15'679	
Hochbauten	68'180	18'175	86'355	10	8'636
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	9'518	8'090	17'608	40	7'043
2. Abschreibungen auf Nettoinvestitionen Strassen (Spezialfinanzierung):		54'084	54'084	100	54'084
3. Ordentliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen:		116'786	116'786	100	116'786
Total	77'698	197'135	274'833	67.9	186'549

Die Abschreibungen auf den Restbuchwerten des Verwaltungsvermögens, einschliesslich der Neuinvestitionen 2007, sind modellkonform und im Rahmen der geltenden Finanzhaushaltsbestimmungen vorgenommen worden. Der Abschreibungssatz für die Investitionsbeiträge wurde in der Rechnung 2005 von 50% auf 100% des Buchwertes heraufgesetzt. Dieser Systemwechsel belastet das Budget 2007 gegenüber der ursprünglichen Abschreibungsvariante mit 5.8 Mio. Franken zusätzlich. Die übrigen Abschreibungssätze haben sich nicht verändert.

5.5 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34)

Der Hauptteil dieser Ausgabengruppe besteht aus Ansprüchen der Gemeinden gegenüber dem interkommunalen Finanzausgleich (FAG). Die Zunahme des Zuschlagssteuerertrages bewirkt eine Zunahme der Steuertreffnisse der Gemeinden um voraussichtlich 26 Mio. Franken. Abhängig von höheren Kantsontreuerleistungen der juristischen Personen steigen auch die Anteile der Landeskirchen an der Kultussteuer entsprechend an. Die Finanzierungsbeiträge des Kantons und der Gemeinden an den interkommunalen Finanzausgleich sind vom Grossen Rat zusammen mit dem Budget 2006 von je 6% neu auf je 10% festgelegt worden. Diese Erhöhung wirkt sich erstmals im Budget 2007 aus.

5.6 Entschädigungen an Gemeinwesen für Dienstleistungen (35)

Den Hauptanteil dieser Ausgabengruppe macht die Entschädigung an die Gemeinden für die Mitarbeit bei der Veranlagung der Einkommens- und Vermögenssteuern von Bund und Kanton aus. Für diese Mitarbeit sind Entschädigungsleistungen von 7.1 Mio. Franken - analog dem Vorjahr - vorgesehen.

5.7 Kantonale Beitragsleistungen (36)

Die Kantsontbeiträge an laufende Ausgaben Dritter bilden die gewichtigste Aufwandposition der Laufenden Rechnung. Mit einer Zunahme um 36.5 Mio. Franken oder 6.7% auf 579.9 Mio. Franken verzeichnen die Kantsontbeiträge erneut einen markanten Anstieg gegenüber dem Vorjahrestotal. Gut 19 Mio. Franken davon sind durch einmalige, periodengerechte Abgrenzungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf den neuen Finanzausgleich (NFA) und den Wechsel auf das neue Berufsbildungsgesetz begründet. Zusätzlich enthalten ist ein Budgetkredit von 3.5 Mio. Franken für das innovative Projekt „Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen“. Dieses soll aus den Agiomitteln im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Dotationskapital der GKB finanziert werden.

Die im Budget 2007 berücksichtigten Beiträge gehen aus nachstehender Tabelle hervor:

Kantonsbeiträge an laufende Ausgaben	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Förderung der Landwirtschaft	5'482	6'403	5'687	-716
Förderung Wohnungsbau, Vermessungen	1'105	1'260	1'090	-170
Tierseuchenbekämpfung	1'213	1'414	1'411	-3
Arbeitsmarktliche Massnahmen	1'282	1'450	1'654	204
Wirtschaftsentwicklung und Tourismus	6'396	8'348	12'772	4'424
Soziale Unterstützungen, Suchthilfe	18'804	16'111	19'954	3'843
AHV, IV, Familienzulagen in der Landwirtschaft	40'374	49'845	54'645	4'800
Ergänzungsleistungen	55'167	57'500	61'000	3'500
Krankenversicherungsprämien	13'867	14'200	14'800	600
Ausserkantonale Hospitalisationen	13'966	16'500	16'500	
Betrieb von Spitätern	94'079	96'700	92'621	-4'079
Betrieb von Pflegeheimen	385	950	370	-580
Häusliche Krankenpflege	3'674	5'555	8'800	3'245
Übrige Beiträge im Gesundheitswesen	1'034	2'626	2'861	235
Rettungswesen	1'022	1'250	1'260	10
Psychiatrische Dienste	25'559	26'119	26'445	326
Stipendien	11'021	11'550	12'400	850
Volksschule, Kindergarten	44'250	44'343	47'545	3'202
Sonderschulung	10'588	13'114	15'397	2'283
Private Mittelschulen	31'336	30'600	30'919	319
Berufsbildung, Berufsschulen	16'462	17'604	23'188	5'584
Höhere Lehranstalten, Hochschulen	57'903	71'753	77'847	6'094
Förderung der Kultur und Sprache	8'016	8'874	9'624	750
Denkmalpflege	3'175	3'405	2'925	-480
Öffentlicher Verkehr	24'307	26'097	28'067	1'970
Forstwirtschaft	3'414	3'913	3'865	-48
Bezirksgerichte	1'767	1'840	2'050	210
Verschiedene Beiträge	3'761	4'082	4'248	166
Total	499'409	543'406	579'945	36'539

Die Kantonsbeiträge für **Wirtschaftsentwicklung und Tourismus** sind durch den Beitrag zur Förderung von wettbewerbsfähigen Tourismusstrukturen - innovatives Projekt - und für besondere Projekte und Aufgaben von Graubünden Ferien (beispielsweise Pflege der Marke Graubünden) erhöht worden.

Die **sozialen Unterstützungen** nehmen vor allem durch vermehrte Beitragsleistungen an Gemeinden für Unterstützungsleistungen und Alimentenbevorschussung zu. Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs (NFA) geht die Zuständigkeit für Bau- und Betriebsbeiträge an Wohnheime, Werk- und Tagesstätten zur Integration behinderter Erwachsener per 1. Januar 2008 vom Bund auf die Kantone über. Die auf diesen Zeitpunkt noch offenen Beitragsverpflichtungen des Kantons sind im Budget 2007 berücksichtigt.

Die Beiträge an **Sozialversicherungen** erhöhen sich durch Umstellungen im Hinblick auf die Einführung des neuen Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen bzw. die periodengerechte Berücksichtigung der Verpflichtungen.

Die **Ergänzungsleistungen** nehmen aufgrund der zunehmenden Zahl von EL-Bezügern sowie höherer durchschnittlicher Fallpauschalen zu.

Bei der Spitalfinanzierung erfolgte im Jahr 2005 ein Systemwechsel von der Defizitsubventionierung zur Abgeltung über Fallpauschalen. Die aus der Änderung der Finanzierung resultierende Restschuld des Kantons aus früheren Jahren wird Ende 2006 abgetragen sein und dadurch die Betriebsbeiträge an die **öffentlichen Krankenanstalten** nicht mehr belasten.

Die Zunahme der Beiträge an die **häusliche Krankenpflege** ist auf zusätzliche Belastungen durch Umstellungen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der NFA im Jahr 2008 zurückzuführen. Im Bereich Spitex erfolgen derzeit die Beitragsleistungen mit einer Verzögerung von einem Jahr. Daher sind im Umstellungsjahr 2007 die Beiträge für zwei Jahre berücksichtigt.

Die Kantonsbeiträge an **Volksschulen und Kindergarten** sind insbesondere auf höhere Leistungen an die Besoldung der Volksschullehrpersonen zurückzuführen. Die Rückstufung grösserer Gemeinden in eine tiefere Finanzkraftgruppe, die Berücksichtigung einer Teuerung von 1.5% sowie verschiedene Faktoren im Zusammenhang mit der Umsetzung des Subventionsmodells verursachen höhere Beiträge an die Volksschulen. Der Beitrag an die **Sonderschulung** ist infolge der Umstellungen im Hinblick auf die Einführung der NFA zwischen Bund und Kantonen im Jahr 2008 zu erhöhen. Die **Hochschulausbildung** wird aufgrund der zunehmenden Anzahl Studierender und des Anstiegs der Ansätze in einigen Bereichen teurer. Der Aufbau eines Studien- und Forschungsstandortes der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), der Pädagogischen Hochschule (PH) und des Bildungszentrums für Gesundheit und Soziales (BGS) wirkt sich finanziell ebenfalls aus. Zudem haben die Beiträge an Fachschulen im Kanton stark zugenommen. Darin enthalten sind grössere periodengerechte Abgrenzungen im Zusammenhang mit der NFA.

In den höheren Beiträgen an die **Berufsbildung und Berufsschulen** sind insgesamt 3.9 Mio. Franken periodengerechte Abgrenzungen im Zusammenhang mit dem Wechsel auf das neue Berufsbildungsgesetz enthalten. Mehrkosten ergeben sich auch aus den in Zusammenhang mit dem neuen Berufsbildungsgesetz stehenden Ausbildungsformen, wie z.B. aus der Grundausbildung mit Attest. Die Schulgeldansätze ausserkantonaler Schulen und vermehrte ausserkantonale Ausbildungsangebote steigen stark an, was sich bei den Beiträgen an ausserkantonale Berufsschulen bemerkbar macht.

Der Kantonsbeitrag an den **öffentlichen Verkehr** erhöht sich primär als Folge der Sparmassnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2004 des Bundes. In den Betriebsbeitrag an öffentliche Strassentransportdienste sind Mehrkosten für marktabhängige Treibstoffpreise und für die Umstellung auf Partikelfilter eingerechnet worden.

5.8 Durchlaufende Beiträge (37)

Die durchlaufenden Beiträge stammen hauptsächlich vom Bund. Sie sind für den Kantonshaushalt ergebnisneutral. Die Transferleistungen verteilen sich auf folgende Bereiche:

Durchlaufende Beiträge	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Förderung der Landwirtschaft	182'793	183'940	184'480	540
Meliorationen, Vermessungen, Förderung des Wohnungsbaus	4'045	4'220	4'240	20
Flüchtlingsfürsorge			1'600	1'600
Verbilligung von Krankenversicherungsprämien	49'194	56'900	60'600	3'700
Bildung, Erziehung	34'839	37'094	39'205	2'111
Förderung der Kultur und Sprache	3'539	3'875	3'872	-3
Denkmalpflege und Kulturgüterschutz	2'469	2'250	1'800	-450
Entschädigungen an Greina/Val Frisal und Landschaftsfranken	1'540	1'557	1'557	
Öffentlicher Regionalverkehr	139'940	141'733	141'000	-733
Forstwirtschaft	2'846	3'130	3'200	70
Verschiedene durchlaufende Beiträge	2'328	2'174	2'439	265
Total	423'533	436'873	443'993	7'120

Die materielle **Fürsorge für anerkannte Flüchtlinge** wird per 1. Januar 2007 den Gemeinden übertragen. Die grundsätzliche Kostenübernahme erfolgt durch den Bund. Die Abrechnungen zwischen den Gemeinden und dem Bund werden über durchlaufende Beitragskonten abgewickelt.

Die Budgetierung des Bundesbeitrages an die **Verbilligung der Krankenkassenprämien** (IPV) entspricht dem Verteilungsmodell des Bundes für das Jahr 2007. Darin berücksichtigt ist die tiefere Finanzkrafteinteilung des Kantons Graubünden für die Jahre 2006 und 2007.

Der Bundesbeitrag an die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen wird aufgrund der anrechenbaren Kosten ausgerichtet. Die höheren kantonalen Beitragsleistungen an **Berufsschulen** bewirken eine Zunahme der durchlaufenden Bundesbeiträge.

5.9 Steuern

Die folgenden Darstellungen geben Aufschluss über die veranlagten Steuererträge:

5.9.1 Periodische Steuern

Periodische Steuern	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen	418'498	428'000	430'000	2'000
Quellensteuern	31'415	33'000	32'000	-1'000
Aufwandsteuern von Ausländern	9'074	8'300	9'100	800
Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen	102'026	95'000	123'000	28'000
Steuern von Domizil- und Holdinggesellschaften	579	600	550	-50
Steuern von Familienstiftungen	27	25	26	1
Nach- und Strafsteuern	777	950	950	0
Total	562'396	565'875	595'626	29'751

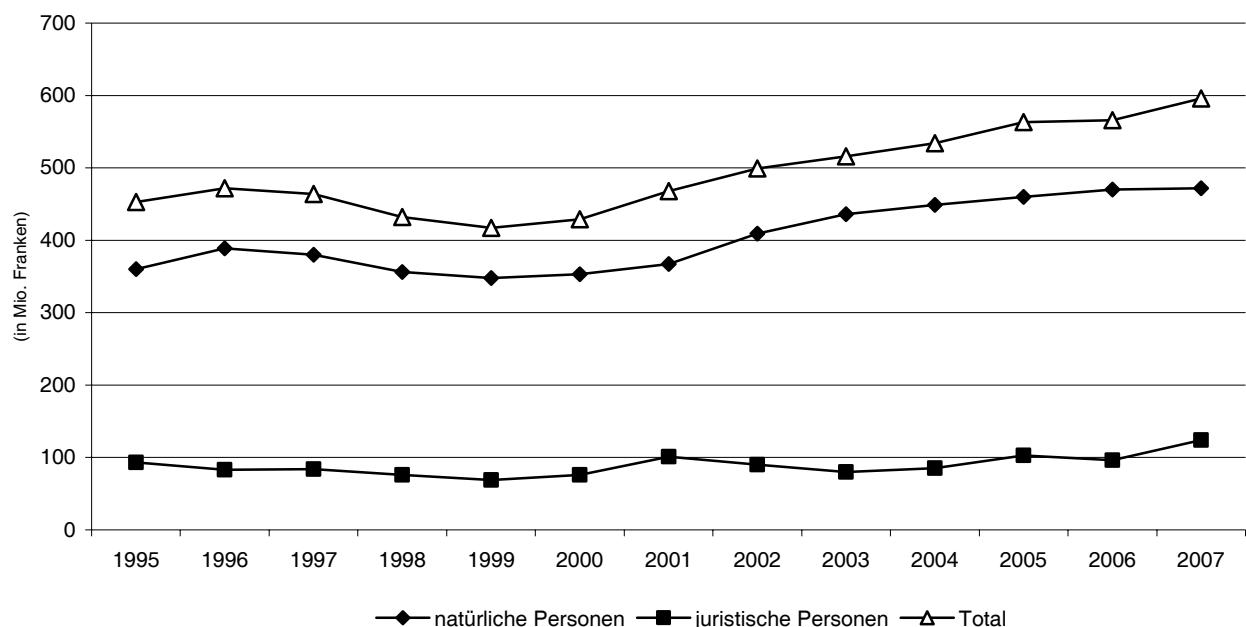
Die **Kantonssteuern von natürlichen Personen** werden nach dem Gegenwartsprinzip veranlagt. Im Rechnungsjahr 2007 werden die Steuern des Steuerjahres 2006 sowie Nachträge aus früheren Jahren in Rechnung gestellt und ausgewiesen. Die budgetierten Einnahmen basieren auf einer Hochrechnung von definitiven Veranlagungen für das Steuerjahr 2005. Diese Zahlen wurden um das Wirtschaftswachstum und die Teuerung, die für das Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr erwartet werden, erhöht. Aufgrund des Standes des Landesindex für Konsumentenpreise Ende Juli 2006 war die Geldwertveränderung im Sinne von Art. 4 des kantonalen Steuergesetzes im Umfange von 10% auszugleichen (sogenannte kalte Progression). Nach Schätzungen der Steuerverwaltung wird der durch die Indexkorrektur zu erwartende Ausfall durch höhere Steuereinnahmen aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage übertroffen.

Bei den **Quellensteuern** ist mit einem leichten Rückgang gegenüber dem Budget 2006 zu rechnen, da der Ausgleich der kalten Progression zu Ertragsausfällen führen wird.

Die über Erwarten gute Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2006 lässt hohe Mehrerträge - gestützt auf das bisherige Ergebnis des laufenden Rechnungsjahres - bei den **Steuern juristischer Personen** erwarten. Die Indexanpassung für den Ausgleich der kalten Progression ist im veranschlagten Budgetbetrag eingerechnet. Im Jahr 2007 gelangen die in Rechnung gestellten Erträge des Steuerjahres 2006 zuzüglich der Veranlagungskorrekturen von früheren Steuerjahren zum Ausweis.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Steuern von natürlichen und juristischen Personen seit dem Jahr 1995.

Entwicklung der Steuererträge



5.9.2 Spezialsteuern

Spezialsteuern	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Grundstückgewinnsteuern	20'292	18'000	20'000	2'000
Nachlasssteuern	28'411	27'000	28'000	1'000
Schenkungssteuern	1'251	1'000	1'200	200
Total	49'954	46'000	49'200	3'200

Die Budgetierung der **Grundstückgewinnsteuern** und der **Nachlasssteuern** beruht auf Schätzungen der Steuerverwaltung. Bei den Nachlasssteuern wurde berücksichtigt, dass angesichts der anstehenden Gesetzesrevision die Anzahl der Vorempfänge zurückgehen wird. Die Indexanpassung zum Ausgleich der kalten Progression wird ebenfalls Mindereinnahmen zur Folge haben.

5.9.3 Übrige Steuern

Übrige Steuern	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Verkehrssteuern und -bewilligungen	65'716	66'919	67'880	961
Steuern auf gebrannten Wassern	1'761	1'550	1'550	
Sonderabgaben auf Vermögen	13'564	14'000	13'000	-1'000
Beherbergungsabgaben	1'638	5		-5
Total	82'679	82'474	82'430	-44

Die jährliche Zunahme des Fahrzeugbestandes führt zu höheren **Verkehrssteuererträgen**.

Die **Sonderabgaben auf Vermögen** nehmen bereinigt um die Indexanpassung ab.

5.10 Regalien, Konzessionen und Wasserzinsen (41)

Der Kanton ist berechtigt, für die Erteilung einer Wasserrechts-Konzession eine einmalige Konzessionsgebühr zu erheben. Im Budgetjahr werden keine grösseren Neukonzessionierungen erwartet.

Aufgrund der Zwischenergebnisse der grossen Wasserkraftwerke im Kanton ist abzusehen, dass die Stromproduktion im Kalenderjahr 2006 unterdurchschnittlich ausfallen wird. Im Jahr 2007 wird mit einem Ertrag an Wasserzinsen von 37 Mio. Franken gerechnet.

5.11 Vermögensaufwand und -ertrag (32, 42)

	Vermögenserträge brutto	abzgl. Erträge Liegenschaften Verw. Vermögen	Bewertungskorrekturen des Verw. Vermögen	Bereinigte Vermögenserträge	Passivzinsen	Vermögenserträge netto
(in 1'000 Franken)						
Rechnung 1995	41'032	2'030	25	38'977	17'098	21'879
Rechnung 1996	41'177	3'105	985	37'087	15'805	21'282
Rechnung 1997	46'719	2'372	4'904	39'443	14'408	25'035
Rechnung 1998	42'129	2'338		39'791	14'254	25'537
Rechnung 1999	49'163	2'248	8'038	38'877	15'172	23'705
Rechnung 2000	52'819	2'161	10'372	40'286	17'912	22'374
Rechnung 2001	57'589	2'254	6'944	48'391	18'515	29'876
Rechnung 2002	63'966	10'314	11'547	42'105	18'376	23'729
Rechnung 2003	61'489	10'354	-169	51'304	22'187	29'117
Rechnung 2004	80'239	10'223	95	69'921	22'607	47'314
Rechnung 2005	92'449	10'331	2'599	79'519	28'804	50'715
Budget 2006	77'268	11'650		65'618	20'061	45'557
Budget 2007	89'933	11'796		78'137	19'423	58'714

Im Brutto-Vermögensertrag sind u.a. die Erträge aus Liegenschaften enthalten. Die Mietzinsen dienen nebst der Eigenmittelverzinsung auch zur Deckung der übrigen liegenschaftsbezogenen Kosten. Um eine möglichst gute Vergleichbarkeit zwischen dem eigentlichem Finanzertrag und -aufwand zu erhalten, sind in der Tabelle die Mieterträge von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens und die rein buchmässigen Bewertungskorrekturen aus den Vermögenserträgen ausgeschieden worden.

Die bereinigten Vermögenserträge übersteigen die Passivzinsen im Budget 2007 um 58.7 Mio. Franken; gegenüber dem Budget 2006 nehmen sie voraussichtlich um 13.2 Mio. Franken zu. Der Aufwärtstrend des Nettovermögensertrages wird damit fortgesetzt. Dies ist auf verschiedene, teilweise ausserordentliche Faktoren zurückzuführen. Dank dem Mittelzufluss von knapp 120 Mio. Franken aus der Rückzahlung von Dotationskapital (inkl. Agio) der Graubündner Kantonalbank (GKB) anfangs 2006 und den mit diesen Mitteln getätigten mittelfristigen Kapitalanlagen konnte der Zinsertrag markant gesteigert werden. Die kurzfristigen Zinserträge infolge verbesserter Liquidität aus ordentlicher Verwaltungstätigkeit und gestiegener Geldmarktsätze nehmen ebenfalls deutlich zu. Im Frühjahr 2006 wurde eine weitere Dotationskapitaltranche von 20 Mio. Franken in Partizipationsscheinkapital umgewandelt. Die neuen Partizipationsscheine dienen zur Sicherstellung des Wandelrechts einer durch die GKB ausgegebenen Wandelanleihe und werden bis zur Wandlung in einem Sperrdepot der GKB gehalten. Sie sind voll Dividenden berechtigt. Bei den Erträgnissen aus Beteiligungen des Verwaltungsvermögens wird - aufgrund des erwarteten guten Geschäftsverlaufs - mit höheren Dividenden gerechnet.

Der Stand und die erwartete Entwicklung des Nettovermögensertrages deuten auf eine weitere Gesundung der Staatsfinanzen hin und eröffnen Perspektiven für neue Vorhaben.

5.12 Entgelte (43)

Entgelte	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Ersatzabgaben	2'661	1'500	2'540	1'040
Gebühren für Amtshandlungen	29'271	27'107	27'520	413
Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	21'306	8'069	8'868	799
Schul- und Kursgelder	1'211	907	954	47
Benützungsgebühren für öffentliche Einrichtungen und Erträge aus Dienstleistungen	19'355	15'320	15'840	520
Erlös aus Verkäufen	45'098	45'566	43'961	-1'605
<i>davon Erlös aus Energievermittlung</i>	30'305	33'481	32'005	-1'476
Rückerstattungen	28'003	18'893	19'397	504
Bussen	6'662	5'801	7'001	1'200
Eigenleistungen für Investitionen	5'538	5'227	4'900	-327
Übrige Entgelte	4'263	3'890	3'911	21
Total	163'368	132'280	134'892	2'612

Die **Ersatzbeiträge** im Zivilschutz nehmen aufgrund der regen Bautätigkeit zu.

Die Abnahme der **Erlöse aus Verkäufen** ist auf geringere Vergütungen durch die Grischelectra AG für Kosten der Beteiligungs-, Beteiligungsersatz- und Jahreskostenenergie zurückzuführen. Gegengleich fallen Minaderaufwendungen in gleicher Höhe an.

Die **Bussen** im Ordnungsbussenverfahren sind aufgrund der voraussichtlich vermehrten Kontrolltätigkeit der Polizei geringfügig höher budgetiert als im Vorjahr. In Zusammenhang mit der im Jahr 2005 installierten fixen Radaranlage auf der A13 im Misox haben die Verzeigungen merklich zugenommen. Im Jahr 2007 wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet, was sich entsprechend auf den Ertrag auswirken wird.

5.13 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44)

In dieser Sachgruppe sind die Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen und die zweckgebundenen Einnahmen für den interkommunalen Finanzausgleich (Zuschlagssteuer, Finanzierungsbeiträge) sowie der Ertrag der Kultussteuer zusammengefasst. Auf den Rechnungsverkehr des interkommunalen Finanzausgleichs wird im separaten Abschnitt 7.2 dieses Berichtes eingegangen.

Die Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

Kantonsanteile an Bundeseinnahmen	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Anteil an der eidg. Verrechnungssteuer	14'109	10'000	13'300	3'300
Anteil am Ertrag des eidg. Alkoholmonopols	643	600	600	
Anteil am Reingewinn der Nationalbank	59'914	55'043	57'862	2'819
Anteil am Ertrag der direkten Bundessteuer	36'580	40'000	40'000	
Anteil Finanzausgleich an der direkten Bundessteuer	61'225	70'850	87'400	16'550
Anteil Finanzausgleich an der direkten Bundessteuer des Vorjahrs (a.o. Ertrag Systemwechsel)	59'304			
Anteil an Spielbankenabgaben	389	360	430	
Anteil am Erlös aus Goldverkäufen der SNB	436'196			
Diverse kleinere Anteile	61	38	63	25
Total	668'421	176'891	199'655	22'764

Die Budgetierung des **Anteils am Reingewinn der Nationalbank (SNB)** stützt sich auf Angaben der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Die Berechnungen der Ausschüttungen basieren auf der Finanzkraft 2006/07 von 58 Indexpunkten und der mittleren Wohnbevölkerung 2004.

Der **Anteil am Ertrag der direkten Bundessteuer** leitet sich aus den im Jahr 2007 in Rechnung gestellten Steuern ab. Es handelt sich hauptsächlich um die direkten Bundessteuern 2006 sowie um Veranlagungskorrekturen früherer Jahre. Aufgrund der Zwischenergebnisse wird mit einem Anteil in der Höhe des Vorjahres gerechnet. Der Kantonsanteil beläuft sich auf 17% der in Rechnung gestellten direkten Bundessteuern.

Der **Anteil am Finanzausgleich an der direkten Bundessteuer** basiert auf den Steuerablieferungen der Kantone an den Bund im Jahr 2006. Der Budgetbetrag stützt sich auf Angaben der Eidgenössischen Steuerverwaltung und berücksichtigt die tiefere Finanzkrafteinteilung des Kantons Graubünden in den Jahren 2006 und 2007.

5.14 Beiträge für eigene Rechnung (46)

Die Beiträge für eigene Rechnung nehmen um 7.9 Mio. Franken auf 251.8 Mio. Franken zu. Sie setzen sich aus folgenden Quellen zusammen:

Beiträge für eigene Rechnung	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
vom Bund	211'472	228'386	233'980	5'594
von Kantonen	511	535	485	-50
von Gemeinden	5'869	5'337	6'618	1'281
von Uebrigen	9'636	9'586	10'693	1'107
Total	227'488	243'844	251'776	7'932

Ein grosser Teil der **Beiträge des Bundes**, nämlich 151 Mio. Franken (Vorjahr 147.3 Mio. Franken), entfallen auf die Spezialfinanzierung Strassen. Die Reduktion beim Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen hat eine Verminderung der zweckgebundenen Bundesbeiträge an diese Ausgaben um rund 2 Mio. Franken zur Folge. Im Gegensatz dazu führt die Senkung der Finanzkraft 2006/07 zu Mehreinnahmen beim Finanzausgleichsanteil am Mineralölsteuerertrag. Nähere Ausführungen zur **Spezialfinanzierung Strassen** sind dem separaten Abschnitt 7.1 zu entnehmen.

Die **Gemeindeanteile** nehmen aufgrund gestiegener Aufwändungen an ausserkantonale Berufsschulen entsprechend zu. Die Stadt Chur leistet einen einmaligen Beitrag an die vorgesehene Mühlbachsanierung Sand.

Die steigenden Beiträge von **Dritten (Übrigen)** sind auf einen höheren Anteil am Reingewinn der SWISSLOS zurückzuführen.

6 INVESTITIONSRECHNUNG

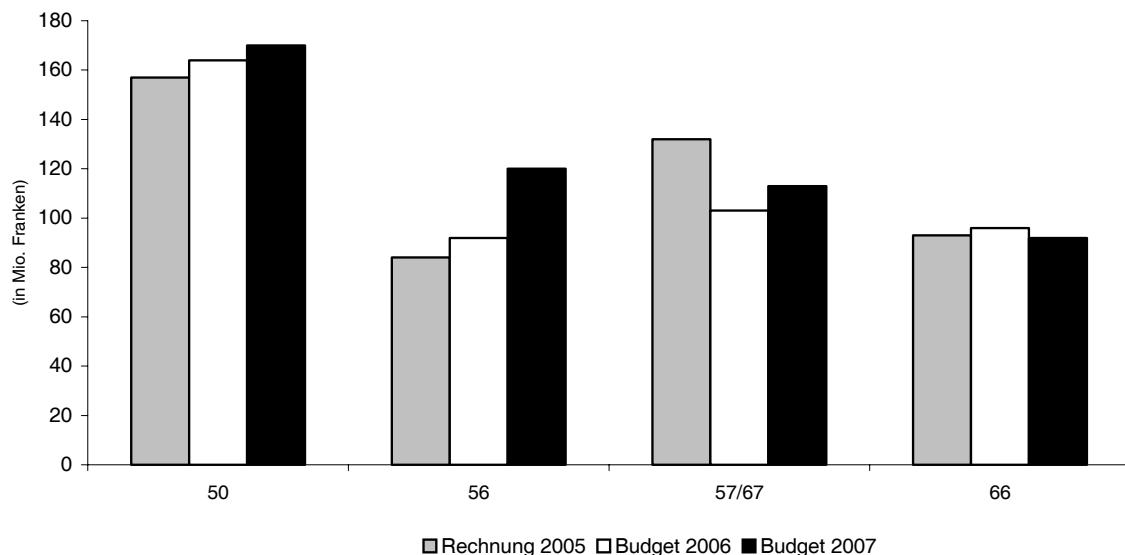
Die Investitionsrechnung des Budgets 2007 zeigt gegenüber dem Budget des Vorjahres und der Rechnung 2005 folgendes Bild:

Kontogruppen	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
AUSGABEN	757'055	372'528	409'842	37'314
<i>ohne Anteil am Deckungsfehlbetrag der KPG</i>	375'757	372'528	409'842	37'314
Staatseigene Investitionen	160'505	177'500	176'560	-940
50 Sachgüter	156'628	163'840	169'860	6'020
52 Darlehen und Beteiligungen	3'877	13'660	6'700	-6'960
Beiträge	215'252	195'028	233'282	38'254
56 Eigene Beiträge	83'669	92'475	119'800	27'325
57 Durchlaufende Beiträge	131'583	102'553	113'482	10'929
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	381'298			
EINNAHMEN	227'537	200'291	207'547	7'256
60 Abgang von Sachgütern	249			
62 Rückzahlung von Darlehen	861	1'330	1'390	60
63 Rückerstattung für Sachgüter	1'833	34	25	-9
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen	277	225	225	
66 Beiträge für eigene Rechnung	92'734	96'149	92'425	-3'724
67 Durchlaufende Beiträge	131'583	102'553	113'482	10'929
NETTOINVESTITIONEN I	529'518	172'237	202'295	30'058
abzüglich Anteil am Deckungsfehlbetrag KPG	-381'297			
NETTOINVESTITIONEN II	148'221	172'237	202'295	30'058
Investitionsgrad	18.0	17.5	18.2	

Der Investitionsgrad, d.h. der Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Gesamtausgaben (inkl. durchlaufende Beiträge) beläuft sich auf 18.2%, was einem Zuwachs von 0.7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahresbudget entspricht. Der Durchschnitt aller Kantone beträgt bezogen auf das Budget 2006 rund 10.4%. Die Kantonsquote liegt somit im interkantonalen Vergleich auf einem beachtlichen Niveau.

Die folgende Grafik zeigt das Verhältnis zwischen den einzelnen Ausgaben- und Einnahmengruppen der Investitionsrechnung und die Entwicklung gegenüber den Vorjahren:

Investitionsausgaben und -einnahmen im Jahresvergleich



Ausgaben		Einnahmen	
Sachgruppen	50 = Sachgüter 56 = Eigene Beiträge 57 = Durchlaufende Beiträge	66 = Beiträge für eigene Rechnung 67 = Durchlaufende Beiträge	

6.1 Sachgüter (50)

Die unter den staatseigenen Investitionen aufgeführten Sachgüter setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Sachgüter	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
501 Strassen und übrige Tiefbauten	144'030	140'505	135'965	-4'540
502 Schutz- und Wuhrbauten	565	1'220	1'965	745
503 Hochbauten	6'353	9'897	20'555	10'658
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	5'680	12'218	11'375	-843
Total	156'628	163'840	169'860	6'020

Die Investitionsausgaben für **Strassen und übrige Tiefbauten** sowie für **Schutz- und Wuhrbauten** belasten die Strassenrechnung. Über Einzelheiten dieser Ausgaben wird im Abschnitt über die Spezialfinanzierung Strassen orientiert (Ziffer 7.1).

Bei den **Hochbauten** werden rund 10 Mio. Franken mehr als im Vorjahr für die Sanierung der Kantonsschule Chur beansprucht.

Der folgende Investitionsplan zeigt die Hochbauprojekte ausserhalb der Spezialfinanzierung Strassen, die im Jahr 2007 angefangen und weitergeführt bzw. fertig erstellt werden. Im Weiteren ist der voraussichtliche Anteil der Ausgaben in der Finanzplanperiode 2008 - 2011 dargestellt.

Investitionsplan kantonseigener Hochbauten 2007-2011									
Investitionsprojekte	Total Anlagekosten			Zeitlicher Anfall der Kosten					
	Konto 6100.	Total Fr.	bis Ende 2005	2006 geschätzt	B. 2007	FP. 2008	FP. 2009	FP. 2010	FP. 2011
Wirtschaft, Arbeit, Soziales: LBBZ Plantahof, Landquart: Neubau Maschinenhalle (VK)	503207	2'219'000	100'000	1'979'000	140'000				
Justiz, Sicherheit, Gesundheit: Strafanstalt Realta, Cazis: Neubau Betriebsgebäude Holzbewirtschaftung Straßenverkehrsamt: Neubau Strassenverkehrsamt mit Prüfhallen Psychiatrische Dienste GR, Wohnheim Rothenbrunnen: Erweiterung Arbeits- und Beschäftigungsstätte (ARBES) Psychiatrische Dienste GR, Klinik Waldhaus, Chur: Neubau Parkhaus	503310 503328 503330 503333	27'450'000 650'000 22'000'000 1800'000 3'000'000		650'000 *) 1'600'000 200'000 3'000'000	2'250'000 3'200'000 6'000'000 6'000'000				
Erziehung, Kultur, Umweltschutz: Konvikt der Bündner Kantonschule, Chur: Gesamtsanierung Pädagogische Hochschule, Chur: Neubau Mediothek und Hörsaal Kantonschule Chur: Sanierung Halde inklusive Provisorien (VK) Neubau Verbindung Halde - Plessur Sanierung Sportanlage Sand (VK) Sanierung Cleric Ergänzungsbauten Plessur	503415 503421 503422 503421 503422 503423 503424 503425	4'670'000 22'000'000 4'670'000 500'000'000 6'000'000 5'500'000 15'000'000 23'500'000		*) 100'000 2'000'000 12'000'000 3'000'000 3'500'000	4'000'000 15'600'000 20'000'000 16'570'000 13'000'000 3'000'000				
Bau, Verkehr, Forst: Fischzuchtanstalt Le Prese, Poschiavo: Ersatzneubau	503605	940'000			940'000				
TOTAL BRUTTO-INVESTITIONEN FÜR HOCHBAUTEN		157'279'000	100'000	5'979'000	18'930'000	23'200'000	22'570'000	32'000'000	29'000'000
BEITRÄGE:		-1'225'000		-400'000	-755'000				
Beitrag des Bundes für PDGR, Erweiterung ARBES	6612	-600'000		*)	-530'000				
Beitrag des Bundes für Neubau Maschinenhalle LBBZ Plantahof, Landquart	6613	-425'000		-400'000	-25'000				
Beitrag des Bundes für Neubau Betriebsgebäude Holzbewirtschaftung Strafanstalt Realta, Cazis	6614	-200'000		-200'000					
TOTAL NETTO-INVESTITIONEN FÜR HOCHBAUTEN		156'054'000	100'000	5'579'000	18'175'000	23'130'000	22'570'000	32'000'000	29'000'000

*) Kredit gesperrt, da Rechtsgrundlage noch ausstehend. Budgetierung gemäss FHG Art. 18, Abs. 2

6.2 Eigene Investitionsbeiträge (56)

Die Kantonsbeiträge an Investitionsvorhaben Dritter nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget um 27.3 Mio. Franken auf 119.8 Mio. Franken zu.

Eigene Investitionsbeiträge	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Bodenverbesserungen, landwirtschaftliche Hochbauten	10'754	11'000	11'000	
Wohnbausanierungen im Berggebiet	1'306	1'000	225	-775
Touristische und andere Infrastrukturen sowie Erschliessungen	2'969	7'870	6'910	-960
Bau von Krankenanstalten	22'800	21'000	21'300	300
Bau von Alters- und Pflegeheimen	6'319	6'320	8'320	2'000
Einrichtungen der Psychiatrischen Kliniken	1'150	800	920	120
Bauten für erwachsene Behinderte	2'615	2'615	2'500	-115
Bau und Einrichtung von Bildungsstätten	3'052	3'773	5'257	1'484
Erstellung von Sonderschulbauten	2'993	3'600	2'700	-900
Bau von Abwasseranlagen, Wasserversorgungen und Abfallanlagen	4'354	4'100	3'700	-400
Energieforschung/Energiesparen	1'009	1'600	2'750	1'150
Schutz- und Wuhrbauten	2'448	2'488	2'664	176
Bauten zum Schutze der Strassen, Fussgängeranlagen, Ausstell- und Parkplätze, Kanalisationen	1'297	1'979	1'864	-115
Öffentlicher Verkehr	12'856	13'750	39'135	25'385
Waldbauliche Erschliessungen und Strukturverbesserungen, Schutzbauten und Waldbauprojekte	7'413	10'150	10'150	
Diverse Beiträge	334	430	405	-25
Total	83'669	92'475	119'800	27'325

Aufgrund von Projektverzögerungen beim **Bau von Alters- und Pflegeheimen** in früheren Jahren ist eine Kumulation von Projektgenehmigungen beziehungsweise der Bautätigkeit für die Jahre 2007 und 2008 zu erwarten. Die Zunahme an den **Bau und die Einrichtung von Bildungsstätten** ist auf vorgesehene Beitragsleistungen an den Schulhausneubau des Instituts für berufliche Weiterbildung Graubünden (IbW) am Bahnhof Chur zurückzuführen. Zur Steigerung der Energieeffizienz in Bauten und Anlagen werden neu Investitionsbeiträge zur **Nutzung erneuerbarer Energien** gewährt. In den Beitragsleistungen an den **öffentlichen Verkehr** sind die Ausgaben für den vom Grossen Rat bewilligten Verpflichtungskredit für die „Erneuerung des Rollmaterials der RhB - innovatives Projekt“ im Umfang von 22 Mio. Franken enthalten. Zudem sind für den Bau der Porta Alpina Sedrun 4.1 Mio. Franken (Verpflichtungskredit) eingestellt.

6.3 Durchlaufende Investitionsbeiträge (57)

Die einzelnen Beitragsleistungen verteilen sich auf die einzelnen Zweckbestimmungen wie folgt:

Durchlaufende Investitionsbeiträge	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten	14'491	14'900	14'900	
Wohnsanierungen im Berggebiet	2'449	2'450	875	-1'575
Bau von Bildungsstätten	188	1'400	5'600	4'200
Bau von Abwasseranlagen, Wasserversorgungen und Abfallanlagen	8'064	6'000	5'500	-500
Bauliche Massnahmen im Zivilschutz	261	145	900	755
Schutz- und Wuhrbauten	4'804	6'808	5'577	-1'231
Techn. Verbesserungen der RhB	82'355	45'000	52'000	7'000
Bau der Porta Alpina Sedrun			1'730	1'730
Forstverbesserungen und Forstwirtschaft	18'971	25'850	26'400	550
Total	131'583	102'553	113'482	10'929

Der Bund zieht sich bis ins Jahr 2008 vollständig aus der **Wohnbausanierung im Berggebiet** zurück. Beim **Bau von Bildungsstätten** können Bundesmittel für den Schulhausneubau des Instituts für berufliche Weiterbildung Graubünden am Bahnhof Chur ausgelöst werden. Der Abschluss des Grossprojektes Verlegung Flaz Samedan bewirkt einen Rückgang der Beiträge an **Schutz- und Wuhrbauten**. Durch die Erhöhung des Investitionsbeitrages an die RhB können mehr Bundesmittel für **technische Verbesserungen** ausgelöst werden. Am **Bau der Porta Alpina Sedrun** beteiligen sich auch die Gemeinden der Region.

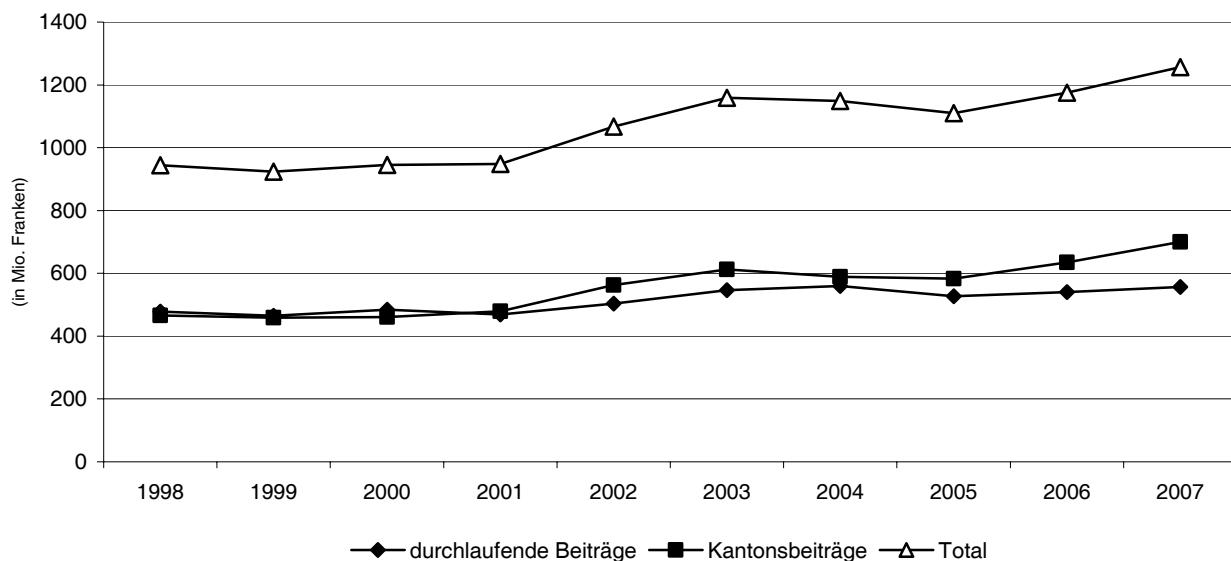
6.4 Gesamte Beitragsleistungen

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie sich die kantonalen und durchlaufenden Beiträge sowohl in der Laufenden Rechnung als auch in der Investitionsrechnung über eine Zeitspanne von 10 Jahren entwickelt haben.

Gesamte Beitragsleistungen	Rechnung									Budget		Zunahme 1998-2007
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007		
(in Mio. Franken)												
Kantonsbeiträge:	466	459	461	479	563	613	589	583	635	700		50.2
an laufende Ausgaben	372	368	382	399	483	521	503	499	543	580		55.9
an Investitionen	94	91	79	80	80	92	86	84	92	120		27.7
Durchlaufende Beiträge:	478	465	484	469	504	546	560	556	540	557		16.5
an laufende Ausgaben	367	380	371	375	396	412	419	424	437	444		21.0
an Investitionen	111	85	113	94	108	134	141	132	103	113		1.8
Total	944	924	945	948	1067	1159	1149	1139	1175	1257		33.2

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Beitragsleistungen ist zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren grössere Beiträge neu hinzugekommen sind. Am 1.1.2002 sind die *psychiatrischen Kliniken Waldhaus und Beverin* sowie die *Wohnheime für behinderte Menschen* verselbständigt und aus der Staatsrechnung ausgegliedert worden. Seit diesem Zeitpunkt werden die Defizitleistungen an die neue Institution *Psychiatrische Dienste Graubünden* als Kantonsbeiträge an laufende Ausgaben ausgewiesen. Die Ausgliederung der *Bündner Schule für Pflege im psychosozialen Bereich* per 1.1.2003 wirkt sich ebenfalls aus, allerdings in wesentlich geringerem Ausmass. Im Budget 2006 beeinflussen die *Ausgliederungen des Frauenspitals Fontana* und der *Pädagogischen Hochschule* die Beitragsleistungen. Die starke Erhöhung der Kantonsbeiträge im Budget 2007 gegenüber dem Vorjahr ist auf ausserordentliche Belastungen durch *innovative Projekte* sowie auf Umstellungen im Hinblick auf die Einführung des *neuen Finanzausgleichs (NFA)* zwischen Bund und Kantonen im Jahr 2008 sowie auf den Wechsel auf das *neue Berufsbildungsgesetz* zurückzuführen.

Entwicklung der Beitragsleistungen



Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kantonsbeiträge in der Laufenden Rechnung und in der Investitionsrechnung, gegliedert nach öffentlichen Aufgabenbereichen.

Funktionen	Rechnung									Budget		Zunahme	
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	1998-2007	%	
(in Mio. Franken)													
2 Bildung	156	157	157	164	179	185	178	181	201	220	64	41	
3 Kultur und Freizeit	11	11	12	10	11	13	10	10	11	11	0	0	
4 Gesundheit	102	90	93	93	142	160	154	168	176	177	75	74	
5 Soziale Wohlfahrt	95	104	105	115	131	148	145	134	144	157	62	65	
6 Verkehr	41	35	36	34	34	35	39	39	42	69	28	68	
7 Umwelt	11	10	12	12	14	15	14	11	12	12	1	9	
8 Volkswirtschaft	46	47	44	47	47	54	47	37	47	51	5	11	
9 Übrige	4	5	2	4	5	3	3	3	3	3	-1	-25	
Total	466	459	461	479	563	613	590	583	636	700	234	50	

7 SPEZIALFINANZIERUNGEN

Nach Art. 12 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) sind Spezialfinanzierungen zweckgebundene Mittel, um eine bestimmte öffentliche Aufgabe zu erfüllen. Sie werden aus zweckgebundenen Einnahmen oder mit gesetzlich vorgesehenen allgemeinen Staatsmitteln gespiesen. Der Rechnungsverkehr der Spezialfinanzierungen wird - wie jener der Dienststellen - in der Verwaltungsrechnung detailliert ausgewiesen. Der Saldo der Spezialfinanzierungen wird über ein entsprechendes Bestandeskonto ausgeglichen. Sie beeinträchtigen das Ergebnis der laufenden Rechnung folglich nicht.

Das Budget 2007 beinhaltet insgesamt sieben Spezialfinanzierungen. Von der Bedeutung und vom Volumen her betrachtet zählen die **Strassenrechnung** und der **interkommunale Finanzausgleich** zu den wichtigsten Spezialfinanzierungen.

7.1 Spezialfinanzierung Strassen

7.1.1 Übersicht

Die Strassenrechnung weist bei Gesamtausgaben von 393.5 Mio. Franken und Gesamteinnahmen von 375.5 Mio. Franken ein Defizit von 18 Mio. Franken aus. Damit wird der im Vorjahr erwartete Fehlbetrag von 15.6 Mio. Franken um 2.4 Mio. Franken überschritten. Das für das Jahr 2007 prognostizierte Defizit der Strassenrechnung liegt innerhalb der entsprechenden Finanzplanvorgabe des Grossen Rates von höchstens 20 Mio. Franken.

Die gesamten **Ausgaben** der Strassenrechnung nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget um 3.9 Mio. Franken oder um 1% zu. Mit ein Grund hiefür ist der höhere Mittelbedarf für den Unterhalt der Kantonsstrassen im Umfang von 6.5 Mio. Franken. Als Folge des voraussichtlichen Beginns der Arbeiten für die Umfahrungen Roveredo und Küblis müssen für den Ausbau der Nationalstrassen 18.4 Mio. Franken mehr bereitgestellt werden als im Vorjahr. Diese Projekte werden zu 92% vom Bund mitfinanziert. Der Ausbau der Hauptstrassen nimmt hingegen um 23 Mio. Franken ab, was hauptsächlich auf den reduzierten Mittelbedarf für die in der Abschlussphase stehenden Umfahrungen Flims und Saas zurückzuführen ist.

Die projektbezogenen **Einnahmen** stehen in direktem Verhältnis zu den entsprechenden Ausgaben und verändern sich entsprechend. Aufgrund der voraussichtlichen Reduktion der Finanzkraft des Kantons stehen der Strassenrechnung höhere Anteile am Finanzausgleich und am Anteil für die interkantonalen Alpenstrassen im Umfang von 5.7 Mio. Franken zur Verfügung. Insgesamt wird der Spezialfinanzierung ein im Vergleich zum Vorjahresbudget um 0.4% bzw. 1.4 Mio. Franken höheres Einnahmentotal von 375.5 Mio. Franken gutgeschrieben. 239.3 Mio. Franken bzw. 63.7% davon stammen vom Bund (Vorjahr. 241.8 Mio. Franken bzw. 65%).

Die nachfolgende Darstellung vermittelt einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassen im Jahr 2007. Details sind im Gliederungsbereich 62 der Laufenden Rechnung (ab Seite B 55) und der Investitionsrechnung (ab Seite B 74) sowie im Abschnitt III. "Bemerkungen zu einzelnen Budgetpositionen" enthalten.

Spezialfinanzierung Strassen	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr	
(in 1'000 Franken)					%
VERÄNDERUNG DER STRASSENSCHULD					
Gesamtausgaben	376'098	389'669	393'528	3'859	1.0
Gesamteinnahmen	367'341	374'105	375'522	1'417	0.4
Effektives Ergebnis der Strassenrechnung	-8'757	-15'564	-18'006	-2'442	15.7
Zusätzlicher Beitrag aus allg. Staatsmitteln	10'035				
a.o. Einlage aus SNB-Golderlös	75'000				
Ungedeckte Kosten (-) der Spezialfinanzierung Strassen = Erhöhung der Strassenschuld	76'278	-15'564	-18'006	-2'442	15.7
Stand der Strassenschuld Ende Jahr		-15'564	-33'570	18'006	115.7

Durch die vom Grossen Rat im Dezember 2005 bewilligte Zuweisung aus dem Anteil am SNB-Golderlös von 75 Mio. Franken sowie eine zusätzliche Einlage aus allgemeinen Staatsmitteln von 10 Mio. Franken konnte die Strassenschuld per Ende 2005 vollständig getilgt werden. Die Strassenrechnung weist im Budget 2007 ein Defizit von 18 Mio. Franken aus. Treffen auch die Budgetannahmen des Jahres 2006 zu, wird die Strassenschuld, d.h. das Total der aktivierten Defizite der Spezialfinanzierung Strassen, per Ende 2007 damit einen Stand von 33.6 Mio. Franken erreichen.

7.1.2 Laufende Rechnung

Die laufenden **Aufwendungen der SF-Strassen** belaufen sich im Budget 2007 auf 251.1 Mio. Franken. Davon beansprucht der bauliche und betriebliche Strassenunterhalt insgesamt 147 Mio. Franken, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget um 4.7 Mio. Franken bzw. um 3.3% entspricht.

Baulicher und betrieblicher Unterhalt der Strassen	Nationalstrassen Budget		Kantonsstrassen Budget		Total Budget	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
(in 1'000 Franken)						
Unterhalt Hochbauten (Werkhöfe, Betriebsgebäude, Stützpunkte, Dienstwohnungen)	4'678	4'633	882	879	5'560	5'512
Technischer Unterhalt Seilbahnen			210	450	210	450
Baulicher Unterhalt und Erneuerung	65'870	64'505	48'000	54'500	113'870	119'005
Betrieblicher Unterhalt	2'824	2'693	6'460	6'702	9'284	9'395
Winterdienst	2'930	2'790	10'200	9'860	13'130	12'650
Total	76'302	74'621	65'752	72'391	142'054	147'012

Mit einem Aufwand von 74.6 Mio. Franken entfallen rund 51% des baulichen Unterhalts- und Erneuerungsaufwands auf die Nationalstrassen (Vorjahr 54%). Dem Rückgang des Unterhaltsaufwands bei den Nationalstrassen steht erneut eine Steigerung bei den Kantonsstrassen gegenüber. Um dem fortschreitenden Wertzerfall der Kantonsstrassen begegnen zu können, müssen zwingend mehr Mittel für den baulichen Unterhalt eingesetzt werden. Die Zunahme beim Kantonsstrassenunterhalt beläuft sich auf insgesamt 6.6 Mio. Franken oder beinahe 10% gegenüber dem Vorjahr 2006.

Die zur **Finanzierung des Strassenaufwands** zweckbestimmten Erträge der Laufenden Rechnung sind mit 287.2 Mio. Franken um 7.7 Mio. Franken oder 2.7% höher als im Vorjahresbudget.

Aus dem **Anteil am Mineralölsteuerertrag** werden vom Bund insgesamt 150 Mio. Franken erwartet (Vorjahr 146.3 Mio. Franken). Aufgrund der ab 1.1.2006 geltenden Einreihung in die Gruppe der finanzschwachen Kantone fallen der Finanzausgleichsanteil und der Anteil am Beitrag für die interkantonalen Alpenstrassen um insgesamt 5.7 Mio. Franken höher aus als im Vorjahresbudget. An den Unterhalt der Nationalstrassen fliessen dagegen - als Folge des reduzierten Aufwands - gut 2 Mio. Franken weniger als im 2006.

Die Höhe des **ordentlichen Beitrags aus allgemeinen Staatsmitteln** richtet sich nach den Bestimmungen des Strassengesetzes. Aufgrund der Struktur- und Leistungsüberprüfung wird dieser Beitrag um die Kürzungen beim Verbindungs- und Kantonsstrassenbau sowie um die Mehrleistungen des Strassenverkehrsamtes reduziert. Der für das Jahr 2007 budgetierte Betrag von 30.2 Mio. Franken (Vorjahr 29.8 Mio. Franken) entspricht dem gesetzlichen Mindestanteil von 45%.

7.1.3 Investitionsrechnung

Die gesamten **Investitionsausgaben** der Strassenrechnung belaufen sich auf 142.4 Mio. Franken. Dieser Betrag liegt um 2.9% unter dem Investitionsvolumen des Vorjahrs.

Für den **Ausbau** der National-, Haupt- und Verbindungsstrassen werden total 136 Mio. Franken eingesetzt. Dieser Betrag liegt um rund 4.5 Mio. Franken unter dem Budget 2006 und um 8 Mio. Franken unter dem Mitteleinsatz im Rechnungsjahr 2005. Die Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

Strassenkategorie	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Ausbau der Nationalstrassen	28'577	52'525	70'965	18'440
St. Galler-Grenze - Tessinergrenze A13	10'708	18'045	29'885	11'840
Landquart - Klosters A28	17'869	34'480	41'080	6'600
Ausbau der Hauptstrassen	95'620	67'980	45'000	-22'980
Julierstrasse, Malojastrasse	5'352	8'650	6'320	-2'330
Oberalpstrasse	49'977	41'160	28'550	-12'610
Italienische Strasse	1'135	1'150	1'150	
Engadinstrasse	5'102	4'930	5'130	200
Prättigauer-, Flüela- und Ofenbergstrasse	33'317	11'740	2'460	-9'280
Berninastrasse	40	160	1'130	970
Landwasserstrasse	2	100	20	-80
Schinstrasse	695	90	240	150
Ausbau der Verbindungsstrassen	19'833	20'000	20'000	
Total	144'030	140'505	135'965	-4'540

Die Reduktion der zu einem wesentlichen Teil vom Bund finanzierten Investitionen im Strassenbau wirkt sich auch auf die werkgebundenen Bundesbeiträge aus. Die **Investitionseinnahmen** nehmen insgesamt um 6.3 Mio. Franken ab.

Die nachstehende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Strassenbauausgaben (ohne Hochbauten), die zu erwartenden Bundesbeiträge und die dem Kanton verbleibenden Nettoinvestitionen.

Bundesbeiträge an Strassenbau-Ausgaben	Strassenbau Ausbaben	Werkgebundene Bundesbeiträge	Beitraganteil für Alpen- strassen ¹⁾	Strassen NETTO- INVESTITIONEN	
(in 1'000 Franken)					in %
Ausbau Nationalstrassen	70'965	65'278	3'878	1'809	4.8
Ausbau Hauptstrassen:	45'000	22'702	6'222	16'076	42.6
- Julier-/Malojastrasse	6'320	3'030	3'363	-73	-0.2
- Oberalpstrasse	28'550	17'523		11'027	29.2
- Italienische Strasse	1'150			1'150	3.0
- Engadinstrasse	5'130	518		4'612	12.2
- Prättigauer-, Flüela- und Ofenbergstrasse	2'460	1'594	2'858	-1'992	-5.3
- Berninastrasse	1'130	22		1'108	2.9
- Landwasserstrasse	20	15		5	0.0
- Schinstrasse	240			240	0.6
Ausbau Verbindungsstrassen	20'000	120		19'880	52.6
Total	135'965	88'100	10'100	37'765	100.0

¹⁾ Verteilung auf die Alpenstrassen aufgrund der Strassenlänge

7.2 Spezialfinanzierung Interkommunaler Finanzausgleich

Spezialfinanzierung interkommunaler Finanzausgleich	Rechnung 2005	Budget 2006	Budget 2007	Abweichung vom Vorjahr
(in 1'000 Franken)				
Finanzierungsrechnung				
Ertrag Zuschlagssteuer	98'179	91'381	118'314	26'933
Steuertreffnisse der Gemeinden	-93'906	-84'070	-110'032	-25'962
Erlassene und uneinbringliche Zuschlagssteuern	-200	-600	-500	100
Ueberschuss der Zuschlagssteuer	4'073	6'711	7'782	1'071
Finanzierungsbeiträge des Kantons	6'148	5'483	11'831	6'348
Finanzierungsbeiträge der Gemeinden	6'148	5'483	11'831	6'348
Solidaritätsbeitrag der Gemeinden aus dem Ertrag der Wasserzinsen	2'353	2'500	2'580	80
Anteil am Kantonssteuerertrag der Domizil- und Holdinggesellschaften sowie der Familienstiftungen	298	312	288	-24
Zuweisung aus Agio-Mitteln der GKB für die Reform der Gemeindestrukturen			2'000	2'000
Total Mittelherkunft	19'020	20'489	36'312	15'823
Beitragsrechnung				
Steuerkraftausgleich	14'514	15'000	16'000	1'000
Beiträge an öffentliche Werke	5'601	4'800	6'300	1'500
Sonderbedarf ausgleich	5'574	5'700	2'700	-3'000
Förderbeiträge an Gemeindezusammenschlüsse - ordentliche Finanzierung			3'000	3'000
Förderbeiträge an Gemeindezusammenschlüsse - innovatives Projekt (VK)			2'000	2'000
Anteil an den Verwaltungskosten des Gemeindeinspektortates	500	500	500	
Total Mittelverwendung	26'189	26'000	30'500	4'500
Erhöhung/-Verminderung des Fondsbestandes	-7'169	-5'511	5'812	11'323
Mutmasslicher Fondsbestand Ende Jahr	17'694	12'183	17'995	5'812

Der Ertrag der **Zuschlagssteuer** beruht auf den in Rechnung gestellten Kantonssteuern von juristischen Personen für das Jahr 2006 sowie auf Nachträgen aus früheren Jahren. Der massgebende Zuschlagssteuerfuss von 101% wurde vom Grossen Rat im Zusammenhang mit der Genehmigung des Budgets 2006 in der Dezember-Session 2005 festgesetzt. Im Budget 2007 wird konjunkturbedingt mit zunehmenden Gewinn- und Kapitalsteuererträgen von juristischen Personen gerechnet. Analog dazu nimmt auch der Zuschlagssteuerertrag im Vergleich zum Vorjahresbudget um 26.9 Mio. Franken auf 118.3 Mio. Franken zu. Die mit den Gemeinden abzurechnenden **Steuertreffnisse** hängen vom Zahlungseingang und von den jeweiligen Gemeindesteuerfüssen ab. Aufgrund der budgetmässigen Berechnungen beläuft sich das Total der den Gemeinden zustehenden Steuertreffnisse auf 110 Mio. Franken bzw. einen durchschnittlichen Anteil von 93% des Zuschlagssteuerertrages. Nach Abzug der voraussichtlich zu erlassenden und als uneinbringlich abzuschreibenden Steuern verbleibt zugunsten des Fonds ein Überschuss aus der Zuschlagssteuer von 7.8 Mio. Franken (Vorjahr 6.7 Mio. Franken).

Gestützt auf die vom Grossen Rat in der Dezemberession 2005 beschlossene und von der Regierung auf den 1.1.2007 in Kraft gesetzte Revision der Finanzausgleichsgesetzgebung sind im Budget 2007 erstmals die **Förderbeiträge an Gemeindezusammenschlüsse** enthalten. Diese Beiträge ergänzen die Ausgleichsbeiträge an finanzschwache Gemeinden für den Steuerkraftausgleich, an öffentliche Werke und für den Sonderbedarf ausgleich. Für die Reform der Gemeindestrukturen sind insgesamt 50 Mio. Franken vorgesehen. Ein Teil davon, nämlich 20 Mio. Franken wird aus den Agiomitteln finanziert, welche dem Kanton aus der Re-

duktion des GKB-Dotationskapitals zugeflossen sind. Der Grossen Rat hat dafür einen entsprechenden Verpflichtungskredit gesprochen. Die Zuweisung der Finanzierungsmittel aus dem Agio erfolgt im Gleichschritt mit der Verwendung der Fördermittel. Im Budget 2007 sind 2 Mio. Franken vorgesehen.

Die Ansätze für die **Finanzierungsbeiträge** des Kantons und der Gemeinden wurden vom Grossen Rat in der Dezembersession 2005 von 6% auf 10% der Zuschlagssteuer festgesetzt. Insgesamt fliessen dem Fonds Jahresmittel in der Höhe von 36.3 Mio. Franken zu. Dieser Betrag liegt um 15.8 Mio. Franken über dem im Jahr 2006 erwarteten Mittelzufluss.

Die **Ausgaben** zulasten des Fonds steigen im Jahr 2007 um 4.5 Mio. Franken auf 30.5 Mio. Franken. Davon werden 0.5 Mio. Franken dem Amt für Gemeinden als Entschädigung für den Verwaltungsaufwand zugewiesen, welcher dieser Dienststelle im Zusammenhang mit dem interkommunalen Finanzausgleich entsteht. Der Zuwachs der Ausgaben ist hauptsächlich auf die bereits erwähnten neuen Beiträge für die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse zurückzuführen.

Mit der im Dezember 2005 beschlossenen Revision der Finanzausgleichsgesetzgebung wurde die Ermittlung des Steuerkraftausgleichs neu geregelt. Der **Steuerkraftausgleich** erfolgt stufenweise und setzt sich aus dem Sockelbeitrag und dem Beitrag für die Mindestausstattung zusammen. Gestützt auf Art. 7 der Ausführungsbestimmungen zum Finanzausgleichsgesetz ermittelt das Gemeindeinspektorat die relative Steuerkraft der Gemeinden und berechnet jährlich die Ausgleichsbeiträge. Die statistischen Berechnungsgrundlagen sind dieselben wie für die Finanzkafteinteilung 2006/2007. Die Regierung hat für das Jahr 2007 den Sockelbeitrag auf 57.5% und den Ansatz für die Mindestausstattung auf 87.5% des kantonalen Mittels festgelegt.

Beim Finanzausgleich erfolgte in den letzten Jahren eine Verschiebung von den projektgebundenen Beiträgen (öffentliche Werke) zu den frei verfügbaren Mitteln (Steuerkraftausgleich). Um die Vorgaben einzuhalten, sind neue Gesuche um Beiträge an die Kosten **öffentlicher Werke** sehr restriktiv behandelt worden. Trotz der zurückhaltenden Anerkennungs- und Beitragspraxis belasten einige grössere Werke des Nachhol- und des Zwangsbedarfs die Position ausserordentlich stark. Inzwischen haben sich Restverpflichtungen von 17 Mio. Franken angestaut. Damit die Verpflichtungen abgebaut werden können, wird der Budgetkredit für Beiträge an öffentliche Werke um 1.5 Mio. Franken angehoben.

Im Budgetbetrag für den **Sonderbedarfsausgleich** im Jahr 2006 waren auch die Ausgaben für Fusionsstudien und Beiträge an Gemeindefusionen im Umfang von 3 Mio. Franken enthalten. Im Budget 2007 werden die Beiträge für Gemeindezusammenschlüsse im Sinne von Art. 15 des revidierten Finanzausgleichsgesetzes auf separaten Konten ausgewiesen. Im Berichtsjahr verbleibt folglich ein auf der Höhe des Vorjahres festgelegter Sonderbedarfsbeitrag von 2.7 Mio. Franken. Mit dem Einsatz dieser kantonalen Mittel können auch die Weichen zur Auslösung ergänzender Hilfsmassnahmen gestellt werden.

7.3 Übrige Spezialfinanzierungen

Die übrigen fünf Spezialfinanzierungen verändern sich voraussichtlich wie folgt:

Glied-Nr. Laufende Rechnung	Übrige Spezialfinanzierungen	Budget 2007		Veränderung Fondsbestand (-Entnahmen)
		Aufwand	Ertrag	
(in 1'000 Franken)				
2231	Tierseuchenbekämpfung	2'799	2'780	-19
2301	Fonds für gemeinnützige Zwecke und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches	932	1'067	135
3145	Zivilschutz Ersatzbeitragsfonds	600	2'540	1'940
4271	Landeslotterie	9'045	9'500	455
4272	Natur- und Heimatschutzfonds	1'927	1'927	

Im Budget der **SF Landeslotterie** ist ein Anteil des Sportfonds am Reingewinn der Landeslotterie von 27% berücksichtigt.

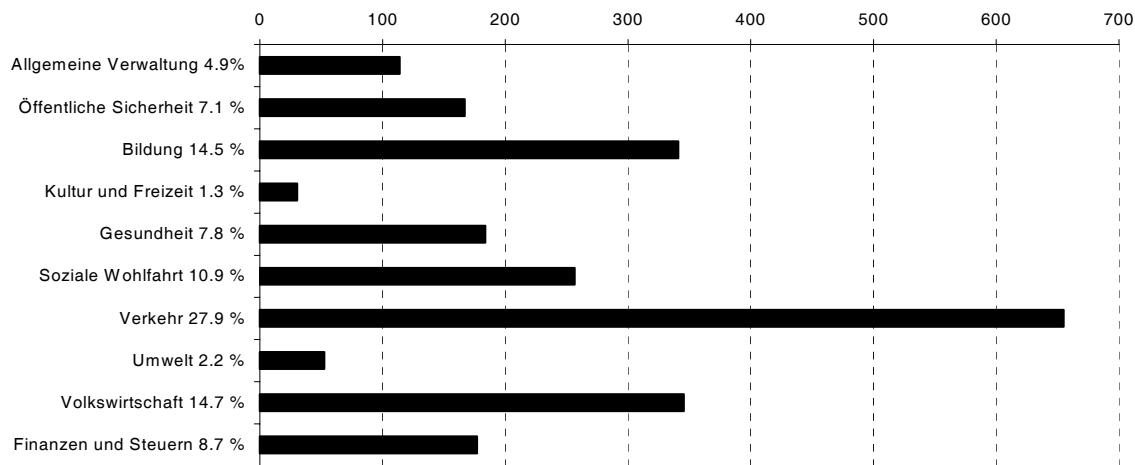
8 AUSGABEN UND EINNAHMEN NACH AUFGABENGEBIETEN

Während die Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) nach Departementen und Dienststellen gegliedert ist, soll mit der funktionalen Gliederung dargestellt werden, welche finanzielle Bedeutung den verschiedenen öffentlichen Aufgaben im Rahmen des Gesamthaushalts zukommt. Um die tatsächliche Belastung aufzeigen zu können, sind vom Aufwand der Laufenden Rechnung die Abschreibungen und die Einlagen in Fonds und Rückstellungen abgezogen worden.

Aufgabenbereiche	Bereinigte Gesamtausgaben					Zum Vergleich Budget 2006	
	Budget 2007						
	Laufende Rechnung, bereinigter Aufwand	Investitionsrechnung, Bruttoausgaben	Bereinigte Gesamtausgaben	Bereinigte Gesamtausgaben	Bereinigte Gesamtausgaben		
	(in 1000 Franken)			in %	(in 1000 Fr.)	in %	
0 Allgemeine Verwaltung	108'278	5'655	113'933	4.9	110'663	5.0	
1 Öffentliche Sicherheit	160'577	6'285	166'862	7.1	162'950	7.3	
2 Bildung	311'214	29'797	341'011	14.5	305'970	13.7	
3 Kultur und Freizeit	30'367		30'367	1.3	30'580	1.4	
4 Gesundheit	153'745	29'969	183'714	7.8	182'147	8.2	
5 Soziale Wohlfahrt	250'313	6'176	256'489	10.9	242'711	10.9	
6 Verkehr	419'576	235'269	654'845	27.9	615'982	27.6	
7 Umwelt	23'671	28'711	52'382	2.2	53'655	2.4	
8 Volkswirtschaft	277'484	67'980	345'464	14.7	348'362	15.6	
9 Finanzen und Steuern	198'767		198'767	8.7	177'555	7.9	
Total	1'933'992	409'842	2'343'834	100	2'230'575	100	

Ausgaben nach Aufgabengebieten

(in Mio. Franken)



Insgesamt nehmen die bereinigten Ausgaben (inkl. durchlaufende Beiträge und interne Verrechnungen) gegenüber dem Vorjahresbudget um 5% zu. Über die Zusammensetzung der in den einzelnen Aufgabenbereichen ausgewiesenen Gesamtausgaben gibt die Tabelle auf Seite B 87 ff Aufschluss.

In der folgenden Übersicht werden von den bereinigten Gesamtausgaben alle sachbezogenen bzw. zurechenbaren Einnahmen wie: Steuern, Bundes- und Gemeindebeiträge, Leistungen von öffentlichen Institutionen und Privaten, Gebühren, Kostenentschädigungen, Nutzniesserbeiträge, interne Verrechnungserträge usw. abgezogen. So lässt sich feststellen, in welchem Ausmass die einzelnen Aufgabenbereiche das Kantonsbudget beeinflussen.

Aufgabenbereiche	Budget 2007			Zum Vergleich Budget 2006
	bereinigte Gesamt- ausgaben	zuteilbare Einnahmen	Nettobelastung (-= Netto- ertrag)	Nettobelastung (-= Netto- ertrag)
(in 1000 Franken)				
0 Allgemeine Verwaltung	113'933	45'144	68'789	68'634
1 Öffentliche Sicherheit	166'862	97'852	69'010	70'841
2 Bildung	341'011	67'861	273'150	245'897
3 Kultur und Freizeit	30'367	18'071	12'296	13'139
4 Gesundheit	183'714	1'935	181'779	180'259
5 Soziale Wohlfahrt	256'489	109'671	146'818	136'126
6 Verkehr	654'845	482'004	172'841	141'609
7 Umwelt	52'382	24'785	27'597	27'211
8 Volkswirtschaft	345'464	418'391	-72'927	-70'400
9 Finanzen und Steuern	198'767	1'091'085	-892'318	-831'689
Total	2'343'834	2'356'799	-12'965	-18'373

9 MUTMASSLICHES ERGEBNIS DER STAATSRECHNUNG 2006

Vor dem Abschluss der Staatsrechnung ist eine zuverlässige Aussage über das Rechnungsergebnis nicht möglich. Zahlreiche grössere Positionen sind weder steuerbar noch genau prognostizierbar. Vor allem die Einnahmen lassen sich oft nur abschätzen. So wird z.B. der Anteil der Kantone an der eidgenössischen Verrechnungssteuer, am Finanzausgleich der direkten Bundessteuer oder an der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) erst im Januar des Folgejahres bekannt gegeben. Periodische Kantonssteuern werden laufend von Veranlagungskorrekturen früherer Jahre beeinflusst und auch die Nachlass- und Grundstücksgewinnsteuern hängen fast ausschliesslich von aktuellen, nicht voraussehbaren Faktoren ab. Auf der Ausgabenseite fallen Beiträge an laufende Ausgaben oder an Investitionen in den wenigsten Fällen periodengerecht an und sind deshalb erst gegen Ende Jahr in ihrem Ausmass verlässlich abschätzbar. Die Vornahme von Zwischenabschlüssen würde wenig helfen bzw. die Unsicherheiten nur geringfügig reduzieren.

Die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben im Budget 2006 werden laufend erfasst und auf ihren mutmasslichen Schlussbetrag hin analysiert. Periodisch ausgewertet werden auch die Nachtragskredite zum Budget. Einen Anhaltspunkt für das mutmassliche Rechnungsergebnis bietet auch die Entwicklung der für die Treserie verfügbaren Liquidität. Sämtliche Informationen, die sich mit vertretbarem Aufwand gewinnen lassen, werden für entsprechende Hochrechnungen genutzt.

Das **Budget 2006** weist einen **Ertragsüberschuss** in der Laufenden Rechnung von **45.5 Mio. Franken** und einen **Finanzierungsüberschuss** von 18.4 Mio. Franken aus. Das Rechnungsjahr 2006 wird von zwei bedeutenden, nicht budgetierten Faktoren wesentlich beeinflusst.

Die Graubündner Kantonalbank (GKB) hat im Februar 2006 das **Dotationskapital um nominal 20 Mio. Franken herabgesetzt** und dem Kanton zurückbezahlt. Daraus ergab sich für den Kanton ein Agio von rund 100 Mio. Franken. Gemäss Beschluss des Grossen Rates ist dieser Betrag für innovative Projekte reserviert. Im Juni 2006 hat das Parlament die entsprechenden Entscheide gefällt. Umgesetzt werden diese Projekte in den kommenden Jahren.

Im Weiteren hat die GKB im Frühjahr 2006 in Absprache mit dem Kanton nominal 20 Mio. Franken des **Dotationskapitals in PS-Kapital** umgewandelt. Im April 2006 hat die GKB eine Wandelanleihe ausgegeben, mit dem Recht zur Wandlung in PS der GKB. Die neu geschaffenen PS dienen zur Sicherstellung dieses Wandelrechts und werden vom Kanton gehalten. Sie sind zum Nominalwert ins Finanzvermögen übernommen worden und verfügen über ein erhebliches Aufwertungspotential. Die Bewertungskorrektur wird die Staatsrechnung 2006 ausserordentlich positiv beeinflussen, ohne allerdings die Liquidität zu verbessern. Mit einer Wandlung in grösserem Ausmass wird im Jahr 2006 nicht gerechnet.

Die aus den beiden vorerwähnten Geschäften resultierenden Erträge sind als **ausserordentlich** zu werten und werden deshalb bei der Berechnung des mutmasslichen Ergebnisses der Staatsrechnung 2006 **nicht berücksichtigt**.

Grössere Abweichungen gegenüber den Budgetzahlen ergeben sich bei folgende Positionen:

Aufgrund der **Steuereingänge** bis Ende September 2006 kann davon ausgegangen werden, dass das Total der budgetierten Steuererträge um 25 Mio. Franken (ca. 4%) übertroffen wird.

Ausgehend von der Ausschüttung der **Graubündner Kantonalbank** im Jahr 2005 ist eine Überschreitung des im Budget 2006 berücksichtigten Gewinnanteils um gut 5 Mio. Franken zu erwarten. Zudem ermöglicht die verbesserte Liquidität, den **Nettovermögensertrag** um rund 6 Mio. Franken gegenüber dem Budget zu steigern.

Die **Anteile an den Bundeseinnahmen** werden ebenfalls um etwa 10 Mio. Franken höher ausfallen als im Budget vorgesehen.

Tiefer als budgetiert werden hingegen die **Wasserzinsen** ausfallen. Hier sind Mindereinnahmen von 6 Mio. Franken zu erwarten.

Durch den Wechsel des Abschreibungssatzes auf Investitionsbeiträgen von 50% auf 100% im Jahr 2005 und die durch Nachtragskredit erhöhten Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr muss zudem mit einem

zusätzlichen **Abschreibungsaufwand auf dem Verwaltungsvermögen** von 32 Mio. Franken gerechnet werden.

Erfahrungsgemäss können sich im Total der nicht einzeln erfassten Aufwand- und Ertragskonten per Saldo Verbesserungen in der Grössenordnung zwischen 0 und 20 Mio. Franken ergeben. Das Ausmass lässt sich im Voraus nicht abschätzen. Es hängt auch stark vom Umfang der Nachtragskredite ab. Für die aktuelle Prognose in Bezug auf das Rechnungsergebnis 2006 wird von einer Verbesserung von 10 Mio. Franken ausgegangen.

Die positiven Abweichungen gegenüber den Budgetwerten dürften die negativen Auswirkungen im Rechnungsjahr 2006 beträchtlich um insgesamt rund 20 Mio. Franken übertreffen. Folglich ist mit einem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung im Rahmen von 60 - 70 Mio. Franken zu rechnen.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände wird das **Eigenkapital** per Ende 2006 voraussichtlich einen Wert um 180 Mio. Franken erreichen. Dazu kommen noch die ausserordentlichen Erträge aus dem Agio und aus der Umwandlung von Dotationskapital in PS-Kapital der GKB.

10 VERGLEICH BUDGET 2007 MIT OFFIZIELLEM FINANZPLAN 2007

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2004 vom Regierungsprogramm und vom Finanzplan 2005 – 2008 Kenntnis genommen (Botschaft Heft Nr. 1/2004 – 2005). In diesem Kapitel werden die wesentlichen Veränderungen zwischen den Werten gemäss dem offiziellen Finanzplan 2007 und dem Budget 2007 dargestellt. Die nachfolgende Tabelle fasst die einzelnen Abweichungen auf Sachgruppenstufe zusammen.

Vergleich Finanzplan - Budget	Finanzplan 2007	Budget 2007	Abweichung %		
(in Mio. Franken)					
LAUFENDE RECHNUNG					
Ertragsüberschuss		35.6	90.5	-165%	
Aufwandüberschuss	-54.9				
3 Aufwand (ohne interne Verrechnungen)	1'944.1	2'044.9	100.8	5%	
30 Personalaufwand	318.3	305.6	-12.7	-4%	
31 Sachaufwand	320.7	320.2	-0.5	0%	
32 Passivzinsen	45.3	19.4	-25.9	-57%	
33 Abschreibungen	162.5	191.7	29.2	18%	
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	119.1	164.9	45.8	38%	
36 Eigene Beiträge	548.2	579.9	31.7	6%	
37 Durchlaufende Beiträge	422.2	444.0	21.8	5%	
Übriger Aufwand (ohne interne Verrechnungen)	7.8	19.2	11.4	146%	
4 Ertrag (ohne interne Verrechnungen)	1'889.2	2'080.5	191.3	10%	
40 Steuern	666.9	727.3	60.4	9%	
41 Regalien, Konzessionen, Wasserzinsen	54.0	44.1	-9.9	-18%	
42 Vermögenserträge	59.0	89.9	30.9	52%	
43 Entgelte	145.1	134.9	-10.2	-7%	
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	271.8	356.5	84.7	31%	
46 Beiträge für eigene Rechnung	229.6	251.8	22.2	10%	
47 Durchlaufende Beiträge	422.2	444.0	21.8	5%	
Übriger Ertrag (ohne interne Verrechnungen)	40.6	32.0	-8.6	-21%	
INVESTITIONSRECHNUNG					
Nettoinvestitionen		176.8	202.3	25.5	14%
5 Ausgaben	417.1	409.8	-7.3	-2%	
50 Sachgüter	222.4	169.8	-52.6	-24%	
52 Darlehen und Beteiligungen	4.9	6.7	1.8	37%	
56 Eigene Beiträge	77.3	119.8	42.5	55%	
57 Durchlaufende Beiträge	112.5	113.5	1.0	1%	
6 Einnahmen	240.3	207.5	-32.8	-14%	
62 Rückzahlung von Darlehen	0.9	1.4	0.5		
66 Beiträge für eigene Rechnung	126.5	92.4	-34.1	-27%	
67 Durchlaufende Beiträge	112.6	113.5	0.9	1%	
Übrige Einnahmen	0.3	0.2	-0.1	-33%	
FINANZIERUNG					
Finanzierungsüberschuss			13.0	105.4	-114%
Finanzierungsfehlbetrag			-92.4		
Selbstfinanzierungsgrad	46.5%	106.4%			

Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass der Zeitpunkt für die Erarbeitung der offiziellen Finanzplanung bereits mehr als 2 Jahre zurückliegt und sich dadurch zahlreiche Abweichungen ergeben. Es wurde auch bereits in den Botschaften zum Budget 2005 (Seite A 77 ff.) und zum Budget 2006 (Seite A 87 ff.) darauf hingewiesen, dass der Vergleich der Budgets mit der offiziellen Finanzplanung aufgrund von verschiedenen Sonderfaktoren erschwert ist. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich aus diesem Grund auf die

Darlegung der grösseren Abweichungen. Auf Wiederholungen der in den Budgetbotschaften 2005 und 2006 aufgeführten detaillierten Erläuterungen wird weitgehend verzichtet.

Der **Personalaufwand** liegt im Budget 2007 unter dem Planwert gemäss der offiziellen Finanzplanung. Diese Abweichung ist insbesondere auf die Verselbständigung der Pädagogischen Hochschule und des Frauenspitals Fontana zurückzuführen. Auch beim **Sachaufwand** ergibt sich aufgrund dieser Auslagerungen eine Entlastung, wobei diese durch höhere Aufwändungen im Bereich des Sachaufwands in der Spezialfinanzierung Strassen kompensiert wird. Der Sachaufwand liegt somit ziemlich genau im Rahmen der ursprünglichen Planung.

Aufgrund der Reduktion der mittel- und langfristigen Schulden ergibt sich eine deutliche Entlastung bei den **Passivzinsen**. Dies ist vor allem auf die vorzeitige Rückzahlung der Pensionskassen-Schuld sowie auf die verbesserte Haushaltsslage zurückzuführen (Reduktion der Finanzierungsfehlbeträge resp. Erreichung von Finanzierungsüberschüssen). Die deutlich höheren **Abschreibungen** sind auf die im Vergleich zur offiziellen Finanzplanung höheren **Nettoinvestitionen** zurückzuführen. Die Erhöhung ergibt sich vor allem durch den Investitionsbeitrag für die Rollmaterialbeschaffung der RhB im Umfang von 22 Mio. Franken (innovative Projekte) und durch die Änderung des Abschreibungssatzes bei den Investitionsbeiträgen von 50% auf 100% des Buchwertes.

Die Veränderungen bei den **Kantonsbeiträgen** sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Auf einzelnen, nicht durch den Kanton steuerbaren Positionen ist eine über den Erwartungen liegende Zunahme festzustellen. Gleichzeitig können aber auf einigen Beitragspositionen die Planwerte deutlich unterschritten werden. Im Budget 2007 sind zudem Aufwändungen für innovative Projekte sowie einige zeitliche Abgrenzungen im Hinblick auf die Umsetzung der NFA per Anfang 2008 enthalten. Diese Aufwändungen waren in der Finanzplanung noch nicht eingerechnet. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Verselbständigung der Pädagogischen Hochschule und des Frauenspitals im Vergleich zur Finanzplanung zu einer entsprechenden (finanzpolitisch neutralen) Erhöhung der Kantonsbeiträge führt.

Die Abweichungen in den Sachgruppen **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** (Sachgruppen 34 und 44) sind zu einem grossen Teil auf die Gemeindeanteile am interkommunalen Finanzausgleich zurückzuführen und heben sich auf der Aufwand- und Ertragsseite gegenseitig auf. Zudem liegen die Anteile an den Bundesleistungen bedingt durch die veränderte Finanzkraft (Finanzkraftindex 58 statt 63) deutlich über dem Finanzplanwert (insbesondere der Anteil Finanzausgleich an der direkten Bundessteuer). Auch die Erhöhung der Erträge aus **Beiträgen für die eigene Rechnung** ist auf die veränderte Finanzkraft zurückzuführen.

Die **Steuererträge** haben sich gegenüber der ursprünglichen Planung deutlich besser entwickelt und damit sehr wesentlich zur Verbesserung des Ergebnisses beigetragen. Sie liegen im Budget 2007 um 60 Mio. Franken resp. um 9 Prozent über dem Wert gemäss der offiziellen Finanzplanung.

Die Erträge aus **Wasserzinsen, Regalien und Konzessionen** werden in der Finanzplanung auf der Basis langfristiger Durchschnittswerte eingestellt. Die Abweichung im Budget 2007 ergibt sich aufgrund des niedrigeren Werts der Wasserzinsen. Erfreulich ist die Entwicklung der **Vermögenserträge**. Deren Zunahme ist insbesondere eine Folge des höheren Anteils am Reingewinn der GKB. Die Reduktion der **Entgelte** ist vor allem auf die Verselbständigung des Frauenspitals Fontana zurückzuführen.

Diese Faktoren führen im Budget 2007 gegenüber der Finanzplanung zu einer deutlichen **Verbesserung des Ergebnisses** in der Laufenden Rechnung und darauf basierend auch zu einer wesentlichen **Erhöhung des Selbstfinanzierungegrads**.

11 AKTUALISIERTE FINANZPLANUNG 2008 – 2011

Die Ergebnisse der aktualisierten Finanzplanung 2008 – 2011 basieren auf einer Überprüfung und Bereinigung der grösseren Haushalts-Positionen. Eine detaillierte Aktualisierung der Finanzplanung erfolgt in einer zweiten Phase, voraussichtlich im Januar und Februar 2007. Letztere dient vor allem der Erarbeitung der Vorgaben für die Budgetierung 2008.

	Budget 2007	FP.2008	FP.2009	FP.2010	FP.2011
(in Mio. Franken)					
LAUFENDE RECHNUNG					
3 Aufwand (ohne interne Verrechnungen)	2'044.9	2'089.8	2'079.9	2'115.8	2'149.6
davon:					
30 Personal	305.6	311.1	317.3	323.3	329.6
31 Sachaufwand	320.2	327.8	324.9	329.5	330.3
32 Passivzinsen	19.4	16.6	10.7	8.8	9.6
33 Abschreibungen	191.7	186.7	190.8	189.8	186.3
34 Anteile / Beiträge ohne Zweckbindung	164.9	171.4	153.0	158.5	163.9
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	8.0	8.1	8.3	8.4	8.5
36 Eigene Beiträge	580.0	648.4	661.5	677.8	695.4
37 Durchlaufende Beiträge	444.0	406.7	407.9	413.4	418.5
38 Einlagen in Bestandeskonti / SF	11.2	12.9	5.4	6.2	7.5
4 Ertrag (ohne interne Verrechnungen)	2'080.5	2'183.0	2'097.1	2'107.7	2'147.8
davon:					
40 Steuern	727.3	754.1	713.5	732.3	753.4
41 Regalien und Konzessionen	44.1	54.4	53.3	53.4	53.5
42 Vermögenserträge	89.9	90.6	89.1	83.6	84.2
43 Entgelte	134.9	136.4	136.0	136.6	137.3
44 Anteile / Beiträge ohne Zweckbindung	356.5	485.3	444.3	436.4	447.5
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	14.0	14.0	14.1	14.2	14.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	251.8	231.9	230.4	231.5	232.4
47 Durchlaufende Beiträge	444.0	406.7	407.9	413.4	418.5
48 Entnahmen aus Bestandeskonti / SF	18.1	9.6	8.4	6.3	6.8
Ertragsüberschuss	35.6	93.2	17.2		
Aufwandüberschuss				-8.1	-1.9
INVESTITIONSRECHNUNG					
5 Ausgaben	409.8	451.8	462.4	473.5	450.0
davon:					
50 Sachgüter	169.9	240.4	252.2	264.7	244.1
davon SF-Strassen	140.5	177.5	193.5	201.9	209.8
56 Eigene Beiträge	119.8	104.3	105.6	104.7	102.8
6 Einnahmen	207.5	244.3	258.4	266.3	257.4
66 Beiträge für eigene Rechnung	92.4	140.8	157.4	165.7	157.7
Nettoinvestitionen	202.3	207.5	204.0	207.2	192.6
FINANZIERUNGSÜBERSCHUSS	13.0	70.7			
FINANZIERUNGSFEHLBETRAG			4.1	30.6	12.6
SELBSTFINANZIERUNGSGRAD	106.4%	134.1%	98.0%	85.3%	93.5%

Die Anpassungen aufgrund der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (**NFA**) sind in der aktualisierten Finanzplanung berücksichtigt (Umsetzung ab Januar 2008). Es handelt sich vorerst um eine technische Umsetzung. Die entsprechenden politischen Entscheide bezüglich der Mittelzuweisung in den einzelnen betroffenen Aufgabenbereichen sind insbesondere im Rahmen der Erarbeitung und Beschlussfassung des Budgets 2008 zu treffen.

Die Aufwändungen im Zusammenhang mit den **innovativen Projekten** sind wie folgt in der Finanzplanung berücksichtigt:

- RhB-Rollmaterial (Gesamtbetrag 22 Mio. Franken): bereits in vollem Umfang im Budget 2007 enthalten
- Tourismusstrukturen (18 Mio. Franken) und Gemeindestrukturen (20 Mio. Franken): grösstenteils im Budget 2007 und in der Finanzplanung 2008 – 2011 berücksichtigt (durchschnittliche Belastung pro Jahr von je rund 3 Mio. Franken)
- Stiftung Innovation (30 Mio. Franken) und Verkehrsverbindungen (10 Mio. Franken): nicht im Budget 2007 und nicht in der Finanzplanung 2008 – 2011 enthalten

Es ist zu beachten, dass die Aufwändungen der innovativen Projekte „separat finanziert“ sind und durch bereits im Jahr 2006 anfallende Sondererträge abgedeckt werden.

Der **Erlös aus der Wandelanleihe der GKB** ist nicht in der Finanzplanung berücksichtigt. Dieser soll für das Projekt FAG-II eingesetzt werden. Die entsprechenden Aufwändungen sind ebenfalls nicht in der Finanzplanung enthalten.

Aus dem Vergleich der Finanzplanwerte für das Jahr 2008 mit den Budgetwerten 2007 werden die **NFA-bedingten Veränderungen** ersichtlich. Aufgrund der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton und der damit teilweise veränderten Erfassung in der Staatsrechnung ergibt sich eine Mehrbelastung bei den **Kantonsbeiträgen** insbesondere in den Bereichen Erwachsene Behinderte, Sonderschulung, Prämienverbilligung, Spitex, Berufsbildung und öffentlicher Verkehr. Diese Mehrbelastungen werden teilweise kompensiert durch die wegfallenden Beiträge an die AHV und an die IV. Von Bedeutung sind weiter der Rückgang der **durchlaufenden Bundesbeiträge** (unter anderem im Bereich der Prämienverbilligung) und der **Beiträge für die eigene Rechnung** (Sachgruppe 46, zum Beispiel im Bereich Stipendien). Auf der Ertragsseite erhöhen sich die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** (Sachgruppe 44). Die Finanzausgleichsanteile an der direkten Bundessteuer entfallen; im Gegenzug aber sind auf dieser Position neu die zweckfreien Ausgleichsbeiträge (Ressourcenausgleich, geografisch-topografischer Lastenausgleich und Härteausgleich) berücksichtigt.

Der gesamte **Aufwand** entwickelt sich in den Jahren 2008 bis 2011 in etwa im Rahmen der Teuerung. Der Personalaufwand und der Sachaufwand verlaufen gesamthaft in der Finanzplanperiode ebenfalls parallel zur erwarteten Teuerung. Bei den Passivzinsen ergibt sich eine weitere Entlastung aufgrund der nochmaligen Verbesserung der Haushaltssituation. Die Abschreibungen verlaufen bedingt durch die grossen Netto-Investitionen konstant auf einem hohen Niveau. Bei den Beiträgen ist zwischen 2008 und 2011 mit einem Anstieg von knapp 50 Mio. Franken zu rechnen. Der Anstieg ist auf den finanziellen Mehrbedarf in Bereichen mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten zurückzuführen (insbesondere Spitalfinanzierung, ausserkantonale Hospitalisationen, Prämienverbilligung, Spitex, Ergänzungsleistungen, Behindertenheime).

Auf der **Ertragsseite** fällt insbesondere die Steuergesetzrevision ins Gewicht. Im Jahr 2009 ist mit daraus resultierenden Steuerausfällen zu rechnen. Danach werden wieder jährlich zunehmende Steuererträge prognostiziert (Wirtschaftswachstum, Teuerung, Progression). Grössere Veränderungen ergeben sich in der Finanzplanperiode zudem bei den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung (Sachgruppe 44). Dies ist einerseits auf die erwarteten rückläufigen Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich zurückzuführen. Andererseits ergibt sich auch eine Reduktion im Bereich des interkommunalen Finanzausgleichs resp. der Einnahmenanteile der Gemeinden. Zu beachten ist, dass die Positionen beim interkommunalen Finanzausgleich und bei den Einnahmenanteilen der Gemeinden weitgehend durchlaufenden Charakter haben und dieser Rückgang mit einer annähernd gleichen Reduktion auf der Aufwandseite verbunden ist (Sachgruppe 34).

Alles in allem zeigt die Finanzplanung 2008 – 2011 ein erfreuliches Bild. Der Selbstfinanzierungsgrad erreicht in den einzelnen Jahren gute Werte. Allerdings zeigt sich, dass ab 2009 resp. 2010, d.h. nach der Umsetzung der Steuergesetzrevision, kein grosser finanzieller Spielraum vorhanden sein wird.

12 VERPFLICHTUNGSKREDITE

Gestützt auf Art. 24 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) sowie Art 25 ff der Verordnung dazu (VOzFHG) beantragt die Regierung dem Grossen Rat, für die nachstehend aufgeführten und begründeten Vorhaben je einen Verpflichtungskredit zu bewilligen. Diese Verpflichtungskredite unterliegen nicht dem Finanzreferendum. Sie können daher mit der Botschaft zum Budget beantragt werden.

4200.3184 Departementsdienste EKUD

Fortführung des Bündner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt

Am 26. November 2002 genehmigte der Grossen Rat mit 81 zu 3 Stimmen einen Verpflichtungskredit über drei Jahre in der Höhe von Fr. 218'000.- für die Realisierung eines Interventionsprojektes gegen Gewalt an Frauen in Ehe und Partnerschaft.

Mit dem Interventionsprojekt soll eine Haltungsänderung im Umgang mit häuslicher Gewalt erreicht werden: Häusliche Gewalt wird nicht mehr als private Angelegenheit gesehen, sondern als ein Problem, das die öffentliche Sicherheit betrifft und daher Massnahmen seitens des Staates erfordert. Opferschutz bedeutet, dass Behörden und Organisationen, die mit häuslicher Gewalt konfrontiert werden, die komplexe Dynamik des Themas kennen, interdisziplinär zusammenarbeiten und damit ihre Aufgaben besser wahrnehmen können. Im Zentrum des Handelns steht immer die Optimierung des Opferschutzes.

Wie der Kanton Graubünden so verfügen auch zahlreiche andere Kantone über Interventionsprojekte bzw. Koordinationsstellen gegen häusliche Gewalt. Sämtliche Interventionsprojekte und -stellen sind zudem interkantonal in der Schweizerischen Konferenz der Interventionsstellen und -projekte eingebunden (SKIP). Die SKIP trifft sich vier- bis fünfmal im Jahr. An dieser Konferenz ist auch die im Mai 2003 auf Bundesebene errichtete Fachstelle gegen Gewalt vertreten.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind Projekte gegen häusliche Gewalt auch als Vermeidung der Folgekosten, die durch häusliche Gewalt verursacht werden, zu verstehen. Diese werden für die ganze Schweiz aufgrund einer konservativen Schätzung auf jährlich 400 Millionen beziffert. Es liegt deshalb auch im Interesse des Kantons, Massnahmen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt gutzuheissen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass mit vergleichsweise niedrigen Projektkosten eine erhebliche Verbesserung der Prävention sowie nachgelagerter Kosten von häuslicher Gewalt erzielt werden kann.

Das Pilotprojekt gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft konnte mit leichter Verzögerung am 1. September 2003 gestartet werden. Die Pilotphase läuft Ende 2006 aus. Wie im Konzept vorgesehen, wurde ein Runder Tisch mit allen involvierten Institutionen (Opferhilfe, Regionale Sozialdienste, Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft, Fremdenpolizei, Frauenhaus, Stadtpolizei, Vormundschaftsbehörde, Migrationsvertretung) einberufen, an dem in interdisziplinärer Arbeit die Schnittstellen zwischen den Institutionen analysiert und die Zusammenarbeit und Effizienz verbessert wurden. Im Hinblick auf das neue Polizeigesetz, das am 1. Juli 2005 in Kraft trat, wurden flankierende Massnahmen erarbeitet, so u.a. die Wegweisung der Gewalt ausübenden Person. In Zusammenarbeit mit der Polizei wurde eine Informationsbroschüre in zehn Sprachen verfasst, die an betroffene Personen abgegeben wird. Für in der Sozialberatung tätige Fachpersonen wurde das Handbuch „Gewalt in Paarbeziehungen“ publiziert und an einer Fachtagung vorgestellt.

Der Zwischenbericht der Projektleitung zum Interventionsprojekt gegen Gewalt an Frauen in Ehe und Partnerschaft vom Dezember 2005 wurde von der Regierung (Regierungsbeschluss Nr. 671/2006) zur Kenntnis genommen. Sie stimmte der Argumentation der Projektleitung zu, dass es gilt, das im Pilotprojekt Erreichte zu bewahren, weiter zu entwickeln und zu stärken. Insbesondere sollen andere involvierte Institutionen, die mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind (z.B. Spitäler) und Institutionen in den Regionen in Bezug auf den Opferschutz sensibilisiert werden. Die sinnvolle Handhabung des neuen Instruments der Wegweisung bedarf weiterer Unterstützung. Ausserdem stimmte die Regierung der Einrichtung einer Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen zu, deren Ausgestaltung dem neuen Amt für Justizvollzug übertragen wird.

Konkret sollen in der zweiten Projektphase folgende Massnahmen umgesetzt werden:

- Weiterführung des Runden Tisches in angepasster Form (Interessengruppen, Regionen);
- geleitete Selbsthilfegruppe für Opfer häuslicher Gewalt (ein Angebot, das im Kanton bisher fehlt);

- Sensibilisierung neuer mit der Problematik befasster Institutionen (bilaterale Gespräche, Entwicklung kleiner, angepasster Projekte);
- Vermittlung von Fachwissen über häusliche Gewalt im Bereich Migration;
- Verbesserung des Schutzes mitbetroffener Kinder.

Die bisherige Projektstruktur (Projektleitung und Co-Projektleitung) wird beibehalten; die Projektleitung wird wie bisher im Rahmen der vorhandenen Ressourcen in die Abteilung Stabsstelle für Gleichstellungsfragen integriert.

Aus den dargelegten Gründen wird dem Grossen Rat für die Dauer der zweiten Projektphase für die Jahre 2007 bis 2009 folgender Verpflichtungskredit beantragt:

Departementsdienste EKUD

Fortführung des Bündner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt.

Verpflichtungskredit: **Fr. 186'000.-**

Voraussichtlicher Anfall der Kosten:	2007	Fr. 62'000.-
	2008	Fr. 62'000.-
	2009	Fr. 62'000.-

Staatsrechnungsposition:	Konto 4200.3184
--------------------------	-----------------

4200.3188 Departementsdienste EKUD

CHANCE GRAUBÜNDEN: Sensibilisierung von SchülerInnen und Lehrpersonen

Am 1. Oktober 2004 startete das Bildungsprojekt CHANCE GRAUBÜNDEN, das mit einem Beitrag von Fr. 134'750.- vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann im Rahmen der Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz unterstützt wird. Das Projekt läuft im Frühling 2007 aus.

CHANCE GRAUBÜNDEN soll eine Haltungsänderung bei SchülerInnen und Lehrpersonen im Hinblick auf den Berufswahlprozess und die Rollenbilder im Zusammenhang mit Beruf und Familie bewirken. Der Berufswahlprozess ist in der Biografie von jungen Frauen und Männern eine entscheidende Phase. Um die tatsächliche Gleichstellung bei Berufswahl, Laufbahnplanung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen, sind Sensibilisierung und Vermittlung von Fachwissen bei SchülerInnen und Lehrpersonen notwendig.

In der ersten Projektphase wurden an sieben Schulen im Kanton Graubünden (Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales, Gewerbliche Berufsschule Chur, Evangelische Mittelschule Schiers, Bildungszentrum Pallottis Schiers, Oberstufenschule Landquart, Stadtschule Chur Oberstufenschulhaus Florentini) mittels Coaching und von der Projektleitung erarbeiteter Unterrichtsmodule sowie Berufswahltagen für Jugendliche und Eltern die Lehrpersonen in geschlechtersensiblen Unterrichten geschult und in Projekttagen bzw. Projektwochen die SchülerInnen im bewussten Umgang mit Rollenbildern, Lebensperspektiven und erweiterter Berufswahl unterrichtet. Ausserdem wurde ein Pool von Berufsleuten mit atypischen Berufen gebildet, die als Vorbilder innerhalb dieses Unterrichts eingesetzt wurden.

Mit Beschluss vom 23. Mai 2006 (Protokoll-Nr. 576) hat die Regierung vom Zwischenbericht der Projektleitung Kenntnis genommen und einer Fortführung des Projektes zugestimmt. Die bisher geleistete Arbeit hat gezeigt, dass die Lehrpersonen einerseits grosses Interesse an CHANCE GRAUBÜNDEN bekunden, ihnen andererseits jedoch Fachwissen und Fachkompetenz im Bereich geschlechtersensiblen Unterrichts weitgehend fehlen. Die Projektwochen und -tage sowie die Berufswahlveranstaltungen waren sehr erfolgreich. Die erste Projektphase konnte Impulse setzen. Für die Verankerung an den einzelnen Schulen, für die Weiterbildung der Lehrpersonen sowie für den Einbezug weiterer interessierter Schulen braucht es jedoch mehr Zeit. In der zweiten Projektphase für die Jahre 2007 bis 2010 sollen möglichst viele Schulen der Sekundarstufe II (z.B. Gymnasien) sowie weitere Berufs- und Gewerbeschulen einbezogen werden.

Laut Auskunft des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann ist eine weitere Finanzierung von CHANCE GRAUBÜNDEN nicht möglich. Der Bund sichert lediglich eine Anschubfinanzierung für ein kantonales Projekt zu. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass die Unterstützung von CHANCE GRAUBÜNDEN durch den Bund vergleichsweise hoch ist.

Aus den dargelegten Gründen wird dem Grossen Rat für die Dauer der zweiten Projektphase für die Jahre 2007 bis 2010 folgender Verpflichtungskredit beantragt:

Departementsdienste EKUD

Fortführung des Bildungsprojekts CHANCE GRAUBÜNDEN.

Verpflichtungskredit: **Fr. 180'000.-**

Voraussichtlicher Anfall der Kosten:	2007 (9 Monate)	Fr. 45'000.-
	2008	Fr. 60'000.-
	2009	Fr. 60'000.-
	2010 (3 Monate)	Fr. 15'000.-

Staatsrechnungsposition: Konto 4200.3188

Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die vom Volk und vom Grossen Rat bewilligten und noch nicht abgerechneten Verpflichtungskredite und deren voraussichtliche Beanspruchung:

Verwendung der vom Volk (V) oder vom Grossen Rat (G) bewilligten Verpflichtungskredite						
Beschluss vom	Projekte	beschlossener Kredit (ohne Teuerung)	Verpflichtungskredit-Verwendung (inkl. Teuerung)			mutmasslicher Stand Ende 2007
			Stand Ende 2005	mutmassliche Beanspruchung 2006 + 2007		
(in 1'000 Franken)						
27.11.2001 G	Departement für Volkswirtschaft und Soziales Amt für Landwirtschaft, Strukturverbesserungen und Vermessung: Beitrag an Zusammenschluss der kommunalen zu regionalen Viehversicherungen	2'000	1909		1'909	
13.06.2006 G	Amt für Wirtschaft und Tourismus: Beiträge zur Förderung von wettbewerbsfähigen Tourismusstrukturen - innovatives Projekt	18'000		3930	3'930	
	Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit					
08.12.2004 G	Kantonspolizei Graubünden: Ablösung Richtfunknetz des Kantons Graubünden	7500	102	6000	6102	
08.12.2004 G	Kantonspolizei Graubünden: Ablösung des Einsatzleitrechners und Verlegung der Notruf- und Einsatzzentrale	6100				
13.06.2006 G	Zusatzkredit	<u>2980</u> 9'080	1'968	7'110	9'078	
08.12.2003 G	Gesundheitsamt: Beitrag an das ZEPRA St. Gallen für Gesundheitsförderung und Prävention im nicht-medizinischen, psychosozialen Bereich	800	800		800	
	Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutz-departement					
26.11.2002 G	Stabsstelle für Gleichstellungsfragen: Interventionsprojekt häusliche Gewalt	218	139	75	214	
28.11.2000 G	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung: Beiträge zur Umsetzung von Projekten des Lehrstellenbeschlusses 2	1'700	824		824	
27.11.2001 G	Amt für besondere Schulbereiche: Umsetzung Konzept zur Förderung von Kindern mit besonderer Begabung und Hochbegabung	900	160	50	210	
28.11.2001 G	Denkmalpflege und Kulturgüterschutz: Beitrag für die Restaurierungs- und Sicherungsarbeiten der Kathedrale Chur	3'100	1'969	800	2'769	
	Departement für Finanzen und Gemeinden					
13.06.2006 G	Interkommunaler Finanzausgleich: Förderbeiträge an Gemeindezusammenschlüsse - innovatives Projekt	20'000		2'000	2'000	

Verwendung der vom Volk (V) oder vom Grossen Rat (G) bewilligten Verpflichtungskredite					
Beschluss vom	Projekte	beschlossener Kredit (ohne Teuerung)	Verpflichtungskredit-Verwendung (inkl. Teuerung)		
			Stand Ende 2005	mutmassliche Beanspruchung 2006 + 2007	mutmasslicher Stand Ende 2007
31.08.2005 G	Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement Neubau einer Ausbildungsstätte für Landwirte und Landmaschinenmechaniker im Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof	2'179	100	2'119	2'219
24.11.1998 G 26.11.2002 G	Strafanstalt Realta, Cazis: Sanierung Gebäudehülle, Renovation Werkstatt Zusatzkredit	10'000 850	11'486		11'486
28.11.2000 G	Werkhof Ilanz: Neubau mit Prüfstelle Strassenverkehrsamt und Büoräume Amt für Wald	14'860	14'187		14'187
02.10.1987 G 25.11.1992 G	Finanzierungshilfe für technische Verbesserungen der Rhätischen Bahn: 7. Rahmenkredit Zusatzkredit zum 7. Rahmenkredit Total 7. Rahmenkredit	24'100 3'100 27'200	30'490		30'490
27.05.1993 G 28.11.2000 G	8. Rahmenkredit Zusatzkredit zum 8. Rahmenkredit Total 8. Rahmenkredit	25'650 16'550 42'200	77'300	10'000	87'300
02.10.1987 G 27.05.1993 G 28.11.2000 G	Finanzierungshilfe für technische Verbesserungen der Furka-Oberalp-Bahn: 7. Rahmenkredit 8. Rahmenkredit Zusatzkredit zum 8. Rahmenkredit Total 8. Rahmenkredit	1'513 920 570 1'490	1'534 2'334	450	1'534 2'784
22.09.1985 V 12.03.1995 V	Investitionsbeitrag an die Rhätische Bahn für den Bau der Vereina-Linie Zusatzkredit	68'250 4'300 72'550	121'241		121'241
12.02.2006 V	Investitionsbeitrag an den Bau der Porta Alpina Sedrun	20'000		10'100	10'100
13.06.2006 G	Investitionsbeitrag für Erneuerung Rollmaterial der RhB - innovatives Projekt	22'000		22'000	22'000
	Total	276'627	266'543	64'634	331'177

13 UMSETZUNG MASSNAHMENPROGRAMM ZUR HAUSHALTSANIERUNG SLSK

13.1 Ausgangslage und Entlastungsvorgaben des Grossen Rates

Der Grossen Rat hat in der Augustsession 2003 gestützt auf die Botschaft über die Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts (SLSK) insgesamt 220 Massnahmen beschlossen.

Die Entlastungsvorgabe für das gesamte Programm beträgt in der Laufenden Rechnung des Jahres 2007 89.8 Mio. Franken (2006: 93 Mio. Franken; 2005: gut 80.5 Mio. Franken, 2004: 56 Mio. Franken) und in der Investitionsrechnung 30.7 Mio. Franken (2006: 34 Mio. Franken; 2005: 21.8 Mio. Franken; 2004: 20.6 Mio. Franken). Zusätzlich zu diesen finanziellen Vorgaben sind die Aufträge Feltscher betreffend den weiteren Stellenabbau in der kantonalen Verwaltung umzusetzen, was nochmals Einsparungen von 4.5 Mio. Franken einbringt.

Im Rahmen der Spezialfinanzierung Strassen ist im Jahr 2007 eine Entlastung von 16.8 Mio. Franken (Vorjahr 16.5 Mio. Franken) vorgegeben. In diesem Umfang wird die Zuweisung von allgemeinen Staatsmitteln an die Strassenrechnung - ausgehend von ursprünglich 70% der Motorfahrzeugsteuern - reduziert. Das Strassengesetz schreibt eine minimale Zuweisung von 45% der Motorfahrzeugsteuern vor (Art. 55 Abs. 3 des Strassengesetzes, BR 807.100). Der im Budget 2007 eingestellte Betrag von 30.247 Mio. Franken für die Zuweisung allgemeiner Staatsmittel an die Spezialfinanzierung Strassen entspricht dem minimalen Zuweisungssatz gemäss Strassengesetzgebung und beinhaltet die volle Entlastung von 16.8 Mio. Franken, ausgehend von einem ursprünglichen Anteil von 70% der Verkehrssteuern.

13.2 Stand der Umsetzung

Die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen und deren Entlastungswirkungen werden detailliert erfasst und ausgewertet.

Die Sanierungsmassnahmen können mit wenigen Ausnahmen vorgabekonform umgesetzt werden. Die im Jahr 2007 wirksamen Massnahmen sind im Budget 2007 vollumfänglich berücksichtigt. In der Gesamtwirkung übertreffen sie geringfügig die gesetzten Vorgaben. Sie führen - zusammen mit dem zusätzlichen Stellenabbau aufgrund der Aufträge Feltscher - zu einer Entlastung in der Laufenden Rechnung von 93.5 Mio. Franken, wobei der Umsetzungsgrad von 99.2% sehr hoch ist. Die Nettoinvestitionen werden gar um 32.2 Mio. Franken (Umsetzungsgrad 104.9%) gegenüber den damaligen Finanzplanwerten reduziert.

Vor allem die konsequente Umsetzung der Sanierungsmassnahmen durch alle Beteiligten, aber auch die im Verlaufe der Jahre sich bessernden Rahmenbedingungen - hohes Wachstum, niedrige Inflation, tiefe Zinsen - haben zu diesen guten Ergebnissen beigetragen. Lediglich bei der Massnahme A 22 - Reduktion der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern am Untergymnasium, Gymnasium und DMS/HMS - kann aufgrund der fehlenden gesetzlichen Grundlage für eine Zulassungsbeschränkung (Numerus Clausus) - die Umsetzung nicht mehr erfolgen. Deren Werte sind sowohl bei der Vorgabe als auch bei deren Umsetzung aus den Sanierungsmassnahmen gestrichen worden.

13.3 Zielerreichung SLSK

Die SLSK-Massnahmen tragen wesentlich zur Verbesserung der kantonalen Finanzlage bei. Das mit der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts verbundene Ziel einer ausgeglichenen Rechnung konnte seit dem Jahr 2004 erreicht werden.

Die Massnahmen der Struktur- und Leistungsüberprüfung sind bis Ende 2007 konkretisiert. Um den notwendigen Aufbau des Eigenkapitals zu erreichen und die Ausfälle durch die beabsichtigte Steuergesetzrevision ab dem Jahr 2009 verkraften zu können, sind die Massnahmen auch in den Folgejahren einzuhalten. Auf eine besondere Berichterstattung und eine detaillierte Umsetzungskontrolle soll jedoch verzichtet werden. Mit der Einführung von GRiforma wird die finanzielle Steuerung ohnehin vermehrt von Detailvorgaben zu ergebnis- und wirkungsorientierten Zielsetzungen verlagert.

14 FESTLEGUNG DER FÜR DIE BETRIEBSBEITRÄGE 2007 DES KANTONS AN DIE SPITÄLER MASSGEBENDEN ECKWERTE

14.1 Ausgangslage

Gemäss Art. 18a Abs. 1 des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz; KPG) legt der Grosse Rat folgende Eckwerte fest:

- a) den für die Beitragsbemessung an die somatischen Spitäler anerkannten standardisierten Fallaufwand und die dazu gehörende Hospitalisationsrate;
- b) den Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons an das Rettungswesen der Spitäler und der Spitalregion Mesolcina-Calanca;
- c) den Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons an die Spitäler für Lehre und Forschung;
- d) unter Berücksichtigung des Beitragssatzes des Kantons an den Investitionen die Abgabesätze für ausserkantonale Patienten, Halbprivat- und Privatpatienten sowie Selbstzahler auf dem anerkannten Fallaufwand. Die Abgabesätze können nach Patientenkategorien differenziert werden (Art. 18 Abs. 3);
- e) den Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons an das Bereitschaftswesen der Spitäler.

14.2 Festlegung der Eckwerte

14.2.1 Anerkannter standardisierter Fallaufwand

Gemäss Art. 18b Abs. 1 KPG legt die Regierung den standardisierten Fallaufwand fest. Basis für die Festlegung des standardisierten Fallaufwandes 2007 bildet der von der Regierung mit der mittleren Fallschwere standardisierte durchschnittliche Fallaufwand gemäss Kostenrechnung 2005 der somatischen Spitäler mit einer wirtschaftlichen Betriebsführung.

Von zwei Spitätern (Ospedale della Bregaglia, Kreisspital Savognin) wurde wiederum keine Kostenrechnung eingereicht. Vom Ospidal Val Müstair wurde für 2005 keine den Vorgaben entsprechende Kostenrechnung eingereicht. Bei diesen Spitätern wird die FIBU als Basis verwendet und davon ausgegangen, dass der ambulante Bereich kostendeckend betrieben wurde.

Spitäler	CMI 2005	stationäre Fälle inkl. Neugeborene	engere Betriebskosten 1	Beiträge Lehre und Forschung	netto engere Betriebskosten 1	Ist-Fallaufwand
Kantons- u. Regionalspital Chur	1.04700	10'787	95'472'731	2'587'345	92'885'386	8'611
Spital Oberengadin	0.70400	3'519	26'128'872	747'622	25'381'250	7'213
Kreuzspital Chur	0.98300	2'186	21'394'831	568'610	20'826'221	9'527
Regionalspital Ilanz	0.74000	2'556	19'325'665	474'915	18'850'750	7'375
Spital Davos	0.71800	2'301	18'517'032	416'652	18'100'380	7'866
Regionalspital Schiers	0.72600	1'671	11'450'840	322'630	11'128'210	6'660
Krankenhaus Thusis	0.73100	1'455	9'697'170	301'823	9'395'347	6'457
Ospidal d'Engiadina Bassa Scuol	0.67100	958	4'912'858	130'961	4'781'896	4'992
Ospedale San Sisto Poschiavo	0.68500	606	3'399'047	37'827	3'361'220	5'547
Ospedale della Bregaglia	0.66700	109	1'551'000	37'056	1'513'944	13'889
Kreisspital Savognin	0.59700	441	2'111'000	95'231	2'015'769	4'571
Ospidal Val Müstair	0.63800	208	1'075'980	51'045	1'024'934	4'928
Frauenspital Fontana	0.58400	2'973	16'571'119	289'532	16'281'587	5'476
Total	0.84000	29'770	231'608'145	6'061'248	225'546'896	7'576

Der durchschnittliche Fallaufwand 2005 (netto engere Betriebskosten 1 dividiert durch alle stationären Fälle inkl. Neugeborene) aller beitragsberechtigten Spitäler beträgt Fr. 7'576.- (2004: Fr. 7'374.-), standardisiert mit dem durchschnittlichen CMI Fr. 9'019.- (2005: Fr. 8'956.-).

Für die Berücksichtigung der Teuerung, der medizinischen Entwicklung und der Zunahme der durchschnittlichen Fallschwere aller im Kanton behandelten stationären Fälle wird auf dem standardisierten durchschnittlichen Ist-Aufwand 2005 für die Jahre 2006 und 2007 ein Zuschlag von 6.0 Prozent vorgenommen (Teuerung: je ein Prozent; medizinische Entwicklung und Zunahme der Fallschwere: zusammen je 2.0 Prozent). Entsprechend errechnet sich ein auf zehn Franken gerundeter standardisierter Fallaufwand 2007 von Fr. 9'560.-

(2006: Fr. 9'670.-). Basierend auf dem standardisierten Fallaufwand von Fr. 9'560.- und einer erwarteten Gesamtfallzahl im Kanton von 30'400 (2005: 29'823) ergibt sich für den Beitrag an die subventionierten Spitäler für medizinische Leistungen ein Gesamtvolumen von ca. Fr. 83'100'000.- (Budget 2006 Fr. 81'860'000.-).

Die Regierung **beantragt** dem Grossen Rat, bei der Festlegung des anerkannten standardisierten Fallaufwands auf eine Reduktion gemäss Art. 18b Abs. 3 KPG zu verzichten und somit den anerkannten standardisierten Fallaufwand 2007 auf Fr. 9'560.- festzulegen.

Folgt der Grosser Rat diesem Antrag, ergibt dies gemäss Art. 18b Abs. 4 KPG nach Berücksichtigung der Fallschwere für die einzelnen Spitäler ausgehend von den von den Spitätern gemäss der medizinischen Statistik behandelten Fällen die folgenden anerkannten Fallaufwände 2007:

Spitäler	anerkannter standardisierter Fallaufwand 2007	CMI 2005	anerkannter Fallaufwand 2007	anerkannter Fallaufwand 2006
Kantonsspital Graubünden	9560	0.9486	9069	8570
Spital Oberengadin	9560	0.7040	6730	6511
Regionalspital Ilanz	9560	0.7400	7074	7541
Spital Davos	9560	0.7180	6864	7937
Regionalspital Schiers	9560	0.7260	6941	7202
Krankenhaus Thusis	9560	0.7310	6988	8023
Ospidal d'Engiadina Bassa Scuol	9560	0.6710	6415	6680
Ospedale San Sisto Poschiavo	9560	0.6850	6549	7660
Ospedale della Bregaglia	9560	0.6670	6377	8115
Kreisspital Savognin	9560	0.5970	5707	6582
Ospidal Val Müstair	9560	0.6380	6099	7204
Total Graubünden	9560	0.8400	8030	7962

Die Veränderungen des anerkannten Fallaufwands 2007 gegenüber 2006 sind zur Hauptsache auf die Verbesserung der Codierqualität in den Spitätern, welche im Vorjahr unvollständig codierten, zurückzuführen. Dadurch erhalten sie 2007 zu Lasten der anderen Spitäler einen entsprechend grösseren, ihnen eigentlich zustehenden Anteil am gesamten Leistungsbeitrag.

Für die Festsetzung des pro Spital anerkannten Fallaufwandes durch die Regierung ist die aus den vom Gesundheitsamt anlässlich der Beitragsbemessung 2005 als beitragsberechtigt anerkannten Fällen resultierende mittlere Fallschwere massgebend.

14.2.2 Maximale Hospitalisationsrate

Die Hospitalisationsraten der einzelnen Spitalregionen erreichten 2005 die folgenden Werte:

Hospitalisationen 2005	Einwohner			Fälle effektiv aus medizinischer Statistik aus der Spitalregion			Hospitalisationsrate (Fälle je 1000 EW)	
	0-64	65-	Total	0-64	65-	Total	0-64	65-
Churer Rheintal	71'066	11'785	82'851	5'842	3'138	8'980	82.21	266.27
Oberengadin	14'365	1'825	16'190	1'463	587	2'050	101.84	321.64
Surselva	17'534	4'160	21'694	1'537	1'177	2'714	87.66	282.93
Landschaft Davos	10'041	1'500	11'541	975	450	1'425	97.10	300.00
Prättigau	12'307	2'480	14'787	1'218	724	1'942	98.97	291.94
Thusis	12'255	2'487	14'742	1'237	768	2'005	100.94	308.81
Engiadina Bassa	6'298	1'347	7'645	605	412	1'017	96.06	305.86
Poschiavo	3'565	1'122	4'687	352	412	764	98.74	367.20
Bergell	1'265	355	1'620	117	135	252	92.49	380.28
Oberhalbstein	2'160	529	2'689	273	228	501	126.39	431.00
Val Müstair	1'376	350	1'726	115	118	233	83.58	337.14
GR (ohne Misox)	152'232	27'940	180'172	13'734	8'149	21'883	90.22	291.66

Die durchschnittliche Hospitalisationsrate 2005 im Kanton Graubünden (ohne Mesolcina-Calanca) betrug 90.22 (2004: 101.84) stationäre Fälle je 1'000 Einwohner für die bis 64-jährigen Personen und 291.66 (2004: 297.76) stationäre Fälle je 1'000 Einwohner für die 65-jährigen und älteren Personen. Die Zunahme der Gesamtfallzahl in den Bündner Spitälern ist auf ausserkantonale und ausländische Patienten zurückzuführen. Die Zahl der Fälle von Bündner Personen sank demgegenüber leicht. Entsprechend sanken auch die durchschnittlichen kantonalen Hospitalisationsraten.

Da die durchschnittlichen kantonalen Hospitalisationsraten der beiden Altersgruppen 2005 zum zweiten Mal gegenüber dem Vorjahr gesunken sind, erscheint es angebracht, auch die Maximalwerte nach unten anzupassen. Auf Grund der Reduktion der durchschnittlichen Hospitalisationsrate der bis 64-jährigen um mehr als zehn stationäre Fälle je 1'000 Einwohner und der 65-jährigen und älteren Personen um mehr als sechs stationäre Fälle je 1'000 Einwohner vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005 erscheint eine Reduktion der maximalen Hospitalisationsrate um fünf stationäre Fälle je 1'000 Einwohner auf 105 für die bis 64-jährigen Personen und auf 355 für die 65-jährigen und älteren Personen vertretbar.

Die Regierung **beantragt** dem Grossen Rat, die maximale Hospitalisationsrate 2007 für die bis 64-jährigen Personen auf 105 stationäre Fälle je 1'000 Einwohner und für die 65-jährigen und älteren Personen auf 355 stationäre Fälle je 1'000 Einwohner festzulegen.

14.2.3 Beiträge an das Rettungswesen

Die grossen Rettungsdienste mit über 1'200 Einsätzen im Jahr (Rettung Chur, RESO Samedan, RSS Surselva, REDA Davos) müssen aufgrund der Auslastung (geringe unproduktive Wartezeiten) in der Lage sein, bei einer angemessenen und betriebswirtschaftlich durchdachten Organisationsstruktur kostendeckend zu arbeiten, weshalb für diese kein Beitrag vorgesehen wird.

Ein Beitrag von je Fr. 50'000.- für die kleineren Rettungsdienste entspricht dem Mittel der bei wirtschaftlicher Führung und angemessener Ausgestaltung und Organisation zu erwartenden Defizite dieser Rettungsdienste im Jahr 2007. Der für den SAM Mesolcina vorgesehene Betrag von Fr. 200'000 hat seinen Grund darin, dass der Rettungsdienst nicht in ein Spital integriert ist und seine Mitarbeiter in der unproduktiven Wartezeit nur beschränkt anderweitig eingesetzt werden können. Ausserdem ist darin auch der Beitrag an die Sanitätsnotrufzentrale 144 des Kantons Tessin enthalten, die auch die Region Mesolcina bedient.

Die Regierung **beantragt** den Grossen Rat, den Gesamtkredit für das Rettungswesen für das Jahr 2007 gleich wie im Jahr 2006 auf Fr. 550'000.- festzulegen.

Bei Festlegung des Gesamtkredites in dieser Höhe sieht die Regierung vor, den Betrag gestützt auf Art. 18d KPG wie folgt auf die einzelnen Spitäler beziehungsweise auf den SAM Mesolcina aufzuteilen:

	Anzahl Einsätze 2005	Beitrag 2007
Rettung Chur	3'720	0
RESO Samedan	1'193	0
RSS Surselva	1'768	0
REDA Davos	1'267	0
RD Prättigau	804	50'000
RD Thusis	639	50'000
ASOS Scuol	709	50'000
RD San Sisto	184	50'000
RD Bregaglia	85	50'000
RD Surses	206	50'000
RD Müstair	71	50'000
SAM Mesolcina	347	200'000
Total	10'993	550'000

14.2.4 Beiträge für Lehre und Forschung

Der Gesamtkredit für Lehre und Forschung wird gemäss Art. 18e KPG insbesondere unter Berücksichtigung des individuellen Leistungsauftrages (Aufträge zur Ausbildung), der gemäss Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) ausgewiesenen Kosten und Leistungen und der Stellenzahl 2005 auf die einzelnen Spitäler aufgeteilt.

Die zur Ermittlung des zu beantragenden Gesamtkredites eingesetzten Beiträge entsprechen den Nettoaufwendungen des Spitals, d.h. von den Aufwendungen der Spitäler für die Löhne bzw. die Stationsgelder wird der Wert, der durch die Auszubildenden erbrachten Leistungen, abgezogen. Dies ergibt für einen Assistenzarzt einen Beitrag von Fr. 20'200.- und für einen Unterassistanzarzt einen solchen von Fr. 12'120.-. Für DN I, DN II und sonstige medizinisch Auszubildende wird ein Beitrag von Fr. 6'565.- festgelegt. Für das Betreuungspersonal wird pro auszubildende Person ein Beitrag von 5% der Lohnkosten eingesetzt. Bei einer DN II-Stelle ergibt dies einen Beitrag von Fr. 3'323.-, bei einer DN I-Stelle einen solchen von Fr. 2'980.-. Für Weiterbildungszwecke werden pro Stelle des medizinischen akademischen Personals Fr. 2'020.-, pro Stelle des Pflegepersonals Fr. 1'010.- und pro Stelle des übrigen medizinischen Personals Fr. 505.- eingesetzt. Die Werte wurden gegenüber dem Budget 2006 zum Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung um ein Prozent erhöht.

Ausgehend von den vorstehenden Beiträgen ergibt sich der folgende Mittelbedarf:

Spitäler	Beiträge Lehre und Forschung
Kantonsspital Graubünden	3'445'487
Spital Oberengadin	747'622
Regionalspital Ilanz	474'915
Spital Davos	416'652
Regionalspital Schiers	322'630
Krankenhaus Thusis	301'823
Ospidal d'Engiadina Bassa Scuol	130'961
Ospedale San Sisto Poschiavo	37'827
Ospedale della Bregaglia	37'056
Kreisspital Savognin	95'231
Ospidal Val Müstair	51'045
Total	6'061'249

Im Budget 2006 war für die Beiträge an Lehre und Forschung ein Gesamtkredit von Fr. 5'960'000.- vorgesehen.

Die Regierung **beantragt** dem Grossen Rat, den Gesamtkredit für die Beiträge an Lehre und Forschung für das Jahr 2007 in der Höhe von Fr. 6'061'000.- festzulegen.

14.2.5 Abgabesätze für ausserkantonale KVG-Patienten, Halbprivat- und Privatpatienten sowie Selbstzahler

Die Regierung **beantragt** dem Grossen Rat, die Abgabesätze differenziert nach den zwei Patientenkategorien ausserkantonale KVG-Patienten und Zusatzversicherte sowie Selbstzahler wie in den Vorjahren auf 11.3% für das Kantonsspital Graubünden und 7.5% für die übrigen Spitäler (ausserkantonale KVG-Patienten) und auf 15% für das Kantonsspital Graubünden und 10% für die übrigen Spitäler (Zusatzversicherte sowie Selbstzahler) festzulegen.

14.2.6 Beiträge an das Bereitschaftswesen

Gemäss Art. 18a Abs. 2 KPG ist der Gesamtkredit für das Bereitschaftswesen so festzulegen, dass er 35% der Abgaben des der Beschlussfassung vorangehenden Jahres beträgt.

Da 2005 das Frauenspital Fontana noch als Dienststelle des Kantons geführt wurde, sind zu den effektiven Abgaben 2005 von Fr. 7'206'501.- entsprechend den budgetierten Fallzahlen ausserkantonaler und zusatzversicherter Patientinnen für das Frauenspital Fontana Fr. 1'000'000.- dazuzurechnen.

Für das Jahr 2005 ergaben sich somit inklusive Frauenspital Fontana Abgaben in der Höhe von Fr. 8'206'501.-, was für das Jahr 2007 einen Beitrag an das Bereitschaftswesen von rund Fr. 2'910'000.- (2006: Fr. 3'040'000.-) ergibt.

Die Regierung **beantragt** entsprechend dem Grossen Rat, den Gesamtkredit für das Bereitschaftswesen für das Jahr 2007 in der Höhe von Fr. 2'910'000.- festzulegen.

Der Gesamtkredit für die Beiträge des Kantons an das Bereitschaftswesen ist von der Regierung gemäss Art. 18f insbesondere unter Berücksichtigung des Angebotes mit Beitragsberechtigung für das Bereitschaftswesen des stationären Bereichs und der Einnahmen der Spitäler aus der Behandlung von Halbprivat- und Privatpatienten und Selbstzahlern auf die einzelnen Spitäler aufzuteilen.

Für die Aufteilung des Gesamtkredites auf die einzelnen Spitäler werden pro Spital und Fachrichtung mit Beitragsberechtigung des Bereitschaftswesens vom Kanton je 0,63 Arztstelle und 0,63 diplomierte Pflegepersonalstelle finanziert. Bei Spitäler mit einer beitragsberechtigten Geburtsabteilung wird zusätzlich eine Hebammen-Stellen im Umfang von 0.63 finanziert.

Dies ergibt für alle Spitäler vom Kanton anerkannte Kosten von Fr. 7.27 Mio. pro Jahr. Im Weiteren wird jedem Spital zugemutet, 20 % der Zusatzeinnahmen (Hotellerie- und Spitalpauschale) dazu zu verwenden, die Kosten des Bereitschaftsdienstes mit zu finanzieren.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl Fachrichtungen mit Beitragsberechtigung im Bereitschaftswesen:

	Anzahl Fachrichtungen mit Beitragsberechtigung für das Bereitschaftswesen
Kantonsspital Graubünden	21
Spital Oberengadin	6
Regionalspital Ilanz	4
Spital Davos	4
Regionalspital Schiers	4
Krankenhaus Thusis	4
Ospidal d'Engiadina Bassa Scuol	4
Ospedale San Sisto Poschiavo	1
Ospedale della Bregaglia	1
Kreisspital Savognin	1
Ospidal Val Müstair	1

Dies ergibt folgende auf Fr. 10'000 gerundete Beiträge des Kantons an das Bereitschaftswesen der einzelnen Spitäler:

	Kosten Bereitschaftswesen	zwanzig Prozent der Ein-nahmen 2005 von Zusatz-versicherten und Selbstzahlern	Beiträge an das Bereitschaftswesen
Kantonsspital Graubünden	2'949'909	-2'463'767	490'000
Spital Oberengadin	818'481	-636'126	180'000
Regionalspital Ilanz	591'010	-228'552	360'000
Spital Davos	591'010	-461'066	130'000
Regionalspital Schiers	591'010	-119'443	470'000
Krankenhaus Thusis	591'010	-121'291	470'000
Ospidal d'Engiadina Bassa Scuol	591'010	-138'662	450'000
Ospedale San Sisto Poschiavo	135'992	-87'288	50'000
Ospedale della Bregaglia	135'992	-2'876	130'000
Kreisspital Savognin	135'992	-90'176	50'000
Ospidal Val Müstair	135'992	-8'486	130'000
Total	7'267'404	-4'357'732	2'910'000

15 BEITRAGSCONTROLLING

15.1 Grundlage und Bedeutung des Beitragscontrollings

Gemäss Artikel 34 des revidierten Finanzhaushaltsgesetzes (FHG, BR 710.100) sorgt die Regierung für ein zweckmässiges Beitragscontrolling sowie für eine regelmässige Orientierung des Grossen Rates über die Entwicklungen in diesem Bereich. In der Botschaft zur Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (Botschaften der Regierung, Heft Nr. 2/2004-2005) wurde in den Erläuterungen zu diesem Artikel Folgendes festgehalten:

„Die gesetzliche Abstützung für die laufenden Controlling-Massnahmen im Beitragsbereich soll gestärkt werden, ohne Art und Umfang näher festzulegen. Beim Ausbau des Beitragscontrollings ist darauf zu achten, dass der administrative Aufwand vertretbar bleibt. Vor allem für kleinere Beiträge sind die Anforderungen bzw. die Erhebungsarbeiten auf bescheidenem Niveau zu halten. Die regelmässige Information an den Grossen Rat im Beitragsbereich ist zu institutionalisieren. Sie kann z.B. im Rahmen der Budget- und Rechnungsbotschaften erfolgen.“

Die Bedeutung und Notwendigkeit des Beitragscontrollings zeigt sich insbesondere aufgrund des Volumens der Kantonsbeiträge. Mit knapp 580 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung und 120 Mio. Franken in der Investitionsrechnung entsprechen die Beiträge gemäss Budget 2007 41 Prozent der konsolidierten Gesamtausgaben von rund 1'700 Mio. Franken und bilden damit die grösste Ausgabengruppe des Kantonshaushalts. Dieser Anteil wird sich in den kommenden Jahren aufgrund von NFA-bedingten Verlagerungen weiter erhöhen. Zudem ist bei einigen Positionen mit einem über der Teuerung liegenden Wachstum zu rechnen.

15.2 Instrumente des Beitragscontrollings

Das Beitragscontrolling resp. Controlling allgemein darf nicht einfach mit Kontrolle gleichgesetzt werden. Controlling ist ein umfassendes Steuerungs- und Koordinationskonzept, das unter anderem die Beschaffung, Aufbereitung, Analyse und Kommunikation von Daten zur Vorbereitung von Entscheidungen umfasst, die der Zielsetzung Rechnung tragen. Betroffen ist der gesamte Führungsprozess von der Zielsetzung, Planung und Umsetzung bis zur Überwachung und Einleitung von Anpassungen.

Die Heterogenität der Kantonsbeiträge sowie die teilweise unterschiedlichen Fragestellungen verlangen den Einsatz von verschiedenen und von flexiblen (Controlling-)Instrumenten.

Das Beitrags-Management des Finanzdepartements basiert derzeit auf folgenden Säulen:

- Erarbeitung von Grob- und Detail-Analysen zu einzelnen Beitragspositionen,
- Umsetzung des Konzepts Beitrags-Steuerung (siehe untenstehendes Kapitel 15.3),
- Mitwirkung bei Gesetzesanpassungen im Beitragsbereich,
- Mitwirkung bei der Ausarbeitung von neuen Finanzierungssystemen,
- Mitwirkung bei der Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen,
- Überprüfung der Rechtsgrundlagen,
- Umsetzung der Massnahmen der Struktur- und Leistungsüberprüfung aus dem Beitragsbereich.

Die Federführung für diese Arbeiten ist zu einem wesentlichen Teil beim Finanzdepartement angesiedelt. Aufgrund der beschränkten Ressourcen müssen jeweils Prioritäten gesetzt werden. So wurde die Erarbeitung von Grob- und Detail-Analysen zu einzelnen Beitragspositionen derzeit zurückgestellt, da die Umsetzung des Konzepts Beitrags-Steuerung sowie die Mitwirkung in Gesetzgebungsprojekten und bei der Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen einen grossen Teil der verfügbaren Ressourcen bindet. Im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten wird auch die Realisierung der Beitragsdatenbank vorangetrieben. Zu beachten ist zudem, dass auf Stufe der Dienststellen weitere Instrumente im Bereich des Beitragscontrollings zur Anwendung kommen.

15.3 Konzept Beitrags-Steuerung

Das Konzept Beitrags-Steuerung umfasst im Wesentlichen eine jährliche Erhebung genau definierter Leistungs- und Finanz-Informationen sowie von Kennzahlen für jede Beitragsposition der Staatsrechnung auf weitgehend standardisierter Basis (zum Beispiel Kostendeckungsgrad, Aufwändentwicklung, Kosten pro Studierende, Anzahl Dienstleistungen etc.). Die Erhebung erfolgt im Rahmen des Budget-Prozesses. Im Vordergrund steht vor allem die Verbesserung und Vereinheitlichung der Budget-Unterlagen im Beitragsbereich. Insbesondere sollen die Grundlagen für die Festlegung der Budgetkredite verbessert werden. Das Konzept trägt

den unterschiedlichen Anforderungen an die Steuerung durch die Ausgestaltung in Modulen Rechnung. Dies ermöglicht - unter Einhaltung gewisser Mindestanforderungen - eine flexible Umsetzung.

Die Beitrags-Steuerung wird auf rund 125 Beitragspositionen der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung angewendet. Von der Beitrags-Steuerung ausgenommen sind insbesondere:

- Positionen, bei welchen für den Kanton kein rechtlicher oder finanzieller Handlungsspielraum besteht,
- auslaufende oder bereits befristete Beiträge,
- Kleinstbeiträge mit einem Volumen bis 50'000 Franken je Beitragsposition,
- durchlaufende Beiträge,
- Sammelpositionen von untergeordneter finanzpolitischer Bedeutung.

Die Beitrags-Steuerung ist ein ergänzendes Element zu den übrigen Instrumenten des Beitragscontrollings. Im Gegensatz zu den einmaligen Grob- und Detailanalysen kommt dieses Instrument für das jährlich wiederkehrende Beitragscontrolling zur Anwendung. Die regelmässige Aufarbeitung ist eine wesentliche Grundlage für die Datenerfassung in der Beitragsdatenbank. Mit dem Konzept Beitrags-Steuerung wird der Auftrag für die Umsetzung eines zweckmässigen Beitragscontrollings gemäss Artikel 34 FHG erfüllt. Zudem kann in diesem Rahmen auch den Anliegen der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates bezüglich der Steuerung der verselbständigte Institutionen Rechnung getragen werden.

Das Konzept Beitrags-Steuerung wurde erstmals im Rahmen der Erarbeitung des Budgets 2006 umgesetzt. Für das Budget 2007 wurde die Struktur im Wesentlichen beibehalten. Das Vorgehen hat sich grundsätzlich bewährt. Die Entscheidungsgrundlagen für das Budget konnten im Beitragsbereich wesentlich verbessert werden. Im Sinne einer Qualitätssicherung werden die Unterlagen laufend geprüft und notwendige Anpassungen eingeleitet. Angesichts der grossen Zahl der betroffenen Positionen müssen auch bei der Qualitätssicherung Schwerpunkte gesetzt werden. Bereits wurden die Arbeiten im Hinblick auf das Budget 2008 eingeleitet. Es sind insbesondere Anpassungen aufgrund der Verwaltungsreform und der Umsetzung der NFA sowie aufgrund von veränderten Leistungsvereinbarungen vorzunehmen. Eine grosse Herausforderung liegt zudem bei einzelnen Positionen bei der Definition von geeigneten Indikatoren und der damit verbundenen Datenerfassung.

15.4 Ausblick

Die Instrumente des Beitragscontrollings sollen grundsätzlich weitergeführt werden. Aus Kapazitätsgründen sind jeweils die notwendigen Schwerpunkte festzulegen. Zudem sind die Instrumente laufend zu optimieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufwand für das Beitragscontrolling in einem vertretbaren Rahmen bleibt.

Aus strategischer Sicht hat die Abstimmung der Instrumente des Beitragscontrollings (vor allem des Konzepts Beitrags-Steuerung) mit weiteren Reformprojekten eine grosse Bedeutung. Konkret betroffen sind unter anderem die folgenden Projekte:

- Umsetzung der NFA im Kanton Graubünden,
- Zusammenarbeit mit dem Bund im Rahmen von Programmvereinbarungen,
- Umsetzung von GRiforma,
- FAG II.

Das Beitragscontrolling ist in diesem Sinne als Lern- und Anpassungsprozess zu verstehen, welcher den zahlreichen und unterschiedlichen Veränderungen laufend Rechnung zu tragen hat.

16 STAND DER INNOVATIVEN PROJEKTE

Der Grossen Rat hat in der Junisession 2006 - gemäss den Anträgen der Regierung in der Botschaft zur Rechnung 2005 (Seite A 106) - Beschlüsse betreffend den Mitteleinsatz für innovative Projekte gefasst. Insgesamt sollen 100 Mio. Franken für die nachstehend aufgeführten fünf Projekte eingesetzt werden. Damit wird der gesamte ausserordentliche Finanzertrag verwendet, den der Kanton im Februar 2006 im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Dotationskapital der Graubündner Kantonalbank (GKB) erhalten hat.

Stiftung für Innovation, Entwicklung und Forschung	30	Mio. Franken
Erneuerung Rollmaterial RhB	22	Mio. Franken
Reform Gemeindestrukturen	20	Mio. Franken
Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen	18	Mio. Franken
Neue Verkehrsverbindungen	10	Mio. Franken
Total	100	Mio. Franken

Zu beachten ist, dass die Aufwändungen für die innovativen Projekte „separat finanziert“ sind und durch bereits im Jahr 2006 anfallende Sondererträge abgedeckt werden. Die Regierung hat die Absicht festgehalten, dem Grossen Rat jeweils in den Botschaften zur Staatsrechnung und zum Budget über die Verwendung der Kredite, den Stand der Projektrealisierung sowie - soweit möglich - über die Wirkungen zu berichten.

Für drei Projekte hat der Grossen Rat Verpflichtungskredite (VK) genehmigt. Für diese Beschlüsse liegen ausreichende gesetzliche Grundlagen vor. Die VK sind im Budget 2007 wie folgt berücksichtigt:

Im Budget 2007 enthaltene Ausgaben für innovative Projekte:	27.5 Mio.
6300.5647 Projekt "Erneuerung Rollmaterial RhB"	22.0 Mio.
5113.3991 Projekt "Reform Gemeindestrukturen" (VK 20 Mio.)	2.0 Mio.
2250.365008 Projekt "Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen" (VK 18 Mio.)	3.5 Mio.

Die vorgesehenen Mittel für das Projekt „**Erneuerung Rollmaterial RhB**“ werden voraussichtlich im ersten Quartal des Jahres 2007 vollständig eingesetzt. Das Beschaffungsprogramm der RhB verläuft planmäßig. Die kantonalen Mittel sind ein Teil der Investitionen für Rollmaterial im Personenverkehr von total über 250 Mio. Franken. Die effektiven Auswirkungen lassen sich nur im Rahmen des Gesamtprogrammes ermitteln und können zurzeit noch nicht detailliert umschrieben werden.

Aufgrund laufender Verhandlungen und Gespräche über mögliche Zusammenschlüsse ist in den nächsten Jahren mit einigen Gemeindefusionen, darunter auch mit einigen erwünschten Talfusionen, zu rechnen. Der Mittelbedarf dafür wird für die Jahre 2007 und 2008 auf jährlich 5 Mio. Franken geschätzt und soll ab dem Jahr 2009 um weitere 4 Mio. Franken jährlich ansteigen. Der für das Jahr 2007 vorgesehene Gesamtbetrag soll mit ordentlichen Fondsmitteln von 3 Mio. Franken und mit 2 Mio. Franken aus dem Verpflichtungskredit für „**Reform Gemeindestrukturen**“ finanziert werden.

Die im Budget 2007 vorgesehenen Mittel von 3.5 Mio. Franken für das Projekt „**Wettbewerbsfähige Strukturen und Aufgabenteilung im Bündner Tourismus**“ sollen schwergewichtig für die beiden folgenden Bereiche eingesetzt werden, wobei Verschiebungen aufgrund des jeweils aktuellen Projektstandes möglich sind:

- Neben Qualitätsförderungs- und –sicherungsmassnahmen sollen schrittweise Balanced Scorecards (BSC) als zukunftsweisendes Führungs- und Controllinginstrument bei allen künftigen Destinations-Management-Organisationen (DMO) und Graubünden Ferien eingeführt werden. Die Konkretisierung einer kantonalen Informationsplattform, als Basis für unzählige Anwendungen im Tourismus, wird weitergeführt (ca. Fr. 1'150'000.-).
- Destinationen, welche die vom Kanton festgelegten Kriterien für DMO's erfüllen, sollen mit Kantonsbeiträgen gefördert werden. An kleine Tourismusorganisationen sollen an Umstrukturierungsprojekte Beiträge geleistet werden (ca. Fr. 2'000'000.-).

Für die beiden Projekte „**Stiftung für Innovation, Entwicklung und Forschung**“ sowie „**Neue Verkehrsverbindungen**“ fehlen zurzeit noch die erforderlichen Gesetzesgrundlagen für einen Kreditbeschluss. Deshalb sind dafür im Budget 2007 noch keine Kredite enthalten. Die Regierung hat dem Grossen Rat eine Revision des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes (GWE) in Aussicht gestellt. Beabsichtigt ist, dem Parlament die entsprechende Botschaft in der April- oder Junisession 2007 zu unterbreiten.

17 FLÄCHENDECKENDE EINFÜHRUNG VON GRIFORMA

17.1 Allgemeine Bemerkungen

Der Planungsbericht 2007 für die GRiforma-Pilotdienststellen wurde in der Annahme erstellt, dass der Grossen Rat in der Oktober-Session 2006 der flächendeckenden Einführung von GRiforma gemäss Botschaft der Regierung (Heft Nr. 8/2006-2007) zustimmt. Die Kredite der Pilotdienststellen werden dem Grossen Rat zum letzten Mal in einem separaten Planungsbericht vorgelegt. Ab dem Jahr 2008 werden sie wieder in der ordentlichen Budgetbotschaft integriert sein. Diese wird in der dreijährigen Umstellungsphase von GRiforma sowohl konventionell geführte Dienststellen mit Einzelkrediten nach Sachgruppen (Personalaufwand, Sachaufwand ...) gegliedert, als auch Globalbudgets enthalten.

17.2 Aufwand 1. Umsetzungsetappe

Die flächendeckende Einführung erfolgt über drei Jahre in drei Etappen. Die für die 1. Etappe bestimmten Dienststellen bereiten sich im Laufe des Jahres 2007 auf die Umstellung vor und vollziehen diese per 1.1.2008. In den (Global-)Budgets dieser Dienststellen ist kein Aufwand bzw. kein Kredit für die Umstellung enthalten, da diese auf Amtsstufe mit den bestehenden Ressourcen vorzunehmen ist. Stellen sich im Zuge der Umsetzung in den Dienststellen Fragen, die externe Beratung oder Begleitung bedürfen, können die für das Projekt gesamthaft geplanten Mittel auch zur Unterstützung einzelner Dienststellen eingesetzt werden (Budget-Position 5000.3191). Die erforderlichen zusätzlichen Mittel für die flächendeckende Einführung von GRiforma sind nicht bei den Dienststellen erfasst, sondern in übergeordneten Rubriken. Diese Kredite sind - im Einklang mit den Vorgaben des Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM) - im konventionell geführten Budget enthalten. Nachstehende Tabelle zeigt die betroffenen Positionen im Budget 2007.

Konto Nr.	Kontobezeichnung	Betrag		
5000.3010	Departements-Sekretariat, Gehälter ständiges Personal	Fr.	143'000	1)
5000.3191	Externe Beratung und übrige Aufwändungen für NPM/GRiforma	Fr.	200'000	2)
5121.3095	Weiterbildung und Schulung für NPM/GRiforma	Fr.	250'000	3)
9002.3011	Globalkredit für Stellenschaffungen	Fr.	218'000	4)
5150.506103 ¹⁾	EDV-Projekte und Folgeetappen für Dienststellen	Fr.	163'000	5)
		Fr.	200'000	5)
Total budgetierter Aufwand		Fr. 1'174'000		
¹⁾ Investitionsrechnung				

17.3 Mehraufwand gegenüber der Pilotphase

In der Pilotphase (1997 – 2005) belief sich der durchschnittliche Aufwand für GRiforma auf rund 240'000 Franken pro Jahr. Demgegenüber steigt der Aufwand für die 1. Etappe der flächendeckenden Einführung auf beinahe 1,2 Mio. Franken an. Die Zunahme von rund 930'000 Franken ist wie folgt begründet:

- 1) Der Aufwand für die Projektleitung bleibt gegenüber dem Vorjahr 2006 unverändert.
- 2) Diese Position umfasst externe Beratungen zur Unterstützung der Projektleitung, der Projektgremien und der Dienststellen, die Entschädigung der Projektgremien und den Aufwand für interne und externe Kommunikation. Sie nimmt gegenüber dem Vorjahr um rund Fr. 130'000 zu.
- 3) Während der Pilotphase wurden keine Weiterbildungen oder Schulungen NPM/GRiforma angeboten. Diese neue Position umfasst ein Weiterbildungs- und Schulungsangebot auf den Ebenen Grosser Rat, Regierung sowie Führungskräfte und Mitarbeitende der Verwaltung.
- 4) Bei der Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle wird je eine 100% Stelle neu geschaffen.
- 5) Die Anpassung des Rechnungswesen-Systems (Heimer) inklusive Lizenzen für zusätzliche Anschlüsse beläuft sich auf rund Fr. 163'000. Die Beschaffung einer Software zur Arbeitszeit- und Leistungserfassung ist mit Fr. 200'000 budgetiert. Sie wird unabhängig vom Entscheid betreffend GRiforma eingeführt.

17.4 Berichterstattung zuhanden des Grossen Rates

Der Grossen Rat wird jeweils in einem separaten Kapitel der Botschaft zum Budget und zur Staatsrechnung über den Verlauf der Einführung und die Entwicklung des finanziellen Aufwandes umfassend informiert. So-

lange der Planungsbericht und der Geschäftsbericht der GRiforma-Pilotdienststellen noch separat erscheinen (Planungsbericht letztmals für das Jahr 2007 im Dezember 2006, Geschäftsbericht letztmals im Juni 2008) wird auch in diesen Dokumenten Bericht erstattet.